



## DER BESONDERE TIPP

### Internationale Konferenzen

#### 10 Jahre nach Petersburg: Wo steht Afghanistan heute?

Mi, 23. November, 9 Uhr

*Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung*

Mit Gästen aus der Region diskutieren wir den aktuellen Stand der politischen Entwicklungen, analysieren die Rolle der umliegenden Staaten, insbesondere Pakistans und Indiens, und fragen nach Zukunftsperspektiven des Landes.

#### Toronto Roadshow – Good Ideas from Canada

Mi, 30. November, 17.30 Uhr

*Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung*

Das Einwanderungsland Kanada und insbesondere die Multikulti-Metropole Toronto gelten als Vorbilder in der Migrations- und Inklusionspolitik. Vertreter/innen verschiedener Politik- und Geschäftsbereiche aus Berlin und Toronto berichten über ihre Erfahrungen.

#### Rio+20 – Nachhaltig vor Ort

Mi, 7. Dezember – Fr, 9. Dezember

*Hannover Congress Centrum (HCC)*

Mit: Klaus Töpfer (ehem. UNEP-Generalsekretär und Bundesumweltminister), Katrin Göring-Eckardt (MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages), Vandana Shiva (indische Umweltschützerin, Trägerin des alternativen Nobelpreises) u.a.

Informationen: [www.rioplus20kongress.de/das-programm.html](http://www.rioplus20kongress.de/das-programm.html)

### Podiumsdiskussionen

#### Ägypten auf dem Weg zur Demokratie? – Die Rolle interner und externer Akteure

Do, 17. November, 19 Uhr

*Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung*

Mit: Prof. Dr. Hania Sholkamy (American University, Cairo), Noha El-Mikawy (UNDP Regional Centre Cairo), Hugues Mingarelli (EEAS Managing Director for North Africa, Middle East, Arabian Peninsula) u.a.

#### Sexualisierte Gewalt als Kriegsverbrechen – Politische und juristische Aufarbeitung in Bosnien-Herzegowina

Do, 17. November, 19 Uhr

*Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung*

Mit: Sabiha Haskic (Medica Zenica), Jadranka Milicevic (CURE Sarajevo), Hildegard Uertz-Retzlaff (Staatsanwältin am ICTY) u.a.

#### Wolf Biermann 1976 – Die Ausbürgerung und ihre Folgen

So, 20. November, 14 Uhr Matinee

*Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung*

Mit: Wolf Biermann, Ilko-Sascha Kowalczyk (Historiker), Lilo Fuchs (Sozialpsychologin), Roland Jahn (Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen)

### Wie die graue Chemie grün wird

Di, 22. November, 20 Uhr

*Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung*

Vorstellung der Studie «Going Green – Handlungsfelder für eine ressourceneffiziente Chemieindustrie»

### Ausstellung

#### The Urban Cultures of Global Prayers

Fr, 11. November, 19 Uhr Vernissage, Ausstellung vom 12. November 2011 bis 8. Januar 2012

*Neue Gesellschaft für Bildende Kunst (NGBK), Berlin*

Neue religiöse Bewegungen spielen in den Städten eine immer wichtigere Rolle. Sie verändern die urbane Topographie, sie treten als wirtschaftliche wie auch als politische Akteure auf und ersetzen nicht selten die Rolle des Staates – quer durch alle Weltregionen und Religionen. In enger Zusammenarbeit künstlerisch und wissenschaftlich Forschender lotet global prayers aus, wie die neuen Politiken, Ökonomien und Kulturen des Glaubens im städtischen Raum funktionieren, welche Bilder und Klänge, Räume und Praktiken das Religiöse im Zeichen der Globalisierung hervorbringt.

Informationen: [www.globalprayers.info](http://www.globalprayers.info)

### Ringvorlesung

#### FrauenBewegung – Moving Women

Di, 22. November, 18 Uhr

*Otto-Suhr-Institut, FU Berlin*

Das in den Medien stark verbreitete Bild der benachteiligten Frau ist einseitig. Es versperrt den Blick dafür, dass afrikanische Frauen aktiv an der Veränderung der diskriminierenden Strukturen beteiligt sind, sich organisieren und dabei zum Teil sehr innovative Strategien entwickeln, mit denen sie ihr Engagement nachhaltig einbringen. In der Vorlesungsreihe kommen afrikanische Frauen aus Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft selbst zu Wort. Die Vorlesungstermine (immer dienstags um 18 Uhr) sind offen für alle Interessierten.

### Publikationen

#### Palästina und die Palästinenser – 60 Jahre nach der Nakba

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung und Christian Sterzing  
Schriften zur Demokratie – Band 25  
Berlin, November 2011, 394 Seiten

#### Heinrich Böll – Lew Kopelew, Briefwechsel

Hrsg. von Elisabeth Zylla. Mit einem Essay von Karl Schlögel. Zahlreiche Illustrationen  
Göttingen 2011, Steidl-Verlag, 448 Seiten  
(erscheint Dezember 2011)  
€ 29,80, ISBN 978-3-86930-363-5

Einen Überblick über unsere Publikationen finden Sie unter: [www.boell.de/publikationen](http://www.boell.de/publikationen)

### Dossiers

#### Dossier zu Afghanistan

Kommentare, Analysen und Debatten im Vorfeld der Bonner Konferenz zu Afghanistan unter [www.boell.de/afghanistan](http://www.boell.de/afghanistan)

#### Dossier zu den Wahlen in Russland

Am 4. Dezember 2011 finden in Russland Parlamentswahlen statt, am 4. März 2012 Präsidentschaftswahlen. Die Heinrich-Böll-Stiftung veröffentlicht gemeinsam mit der russischen Nichtregierungsorganisation GOLOS, dem Europäischen Austausch und den Russland-Analysen Hintergrundberichte und Analysen über den Wahlprozess.  
[www.boell.de/russlandwahlen](http://www.boell.de/russlandwahlen)

### Online-Debatte

#### Bündnisse – ein Weg zu erfolgreicher Geschlechterpolitik. Was ist der Streit-Wert?

Wir laden zur Diskussion ein: Mit einem Kommentar direkt auf dem Blog (<http://streit-wert.boell-blog.org/>) oder einem eigenen Artikel an die E-Mail [gwi@boell.de](mailto:gwi@boell.de).

### Impressum

#### Herausgeberin

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.  
Schumannstraße 8, 10117 Berlin  
T 030 – 28534 – 0  
F 030 – 28534 – 109  
E [thema@boell.de](mailto:thema@boell.de)  
W [www.boell.de/thema](http://www.boell.de/thema)

#### Redaktion

Elisabeth Kiderlen

#### Redaktionsassistentin

Susanne Dittrich

#### Mitarbeiter

Ralf Fücks  
Annalena Baerbock, Bastian Hermisson  
Annette Maennel (V.i.S.d.P.)

#### Gestaltung

Blotto Design, Berlin  
[www.blottodesign.de](http://www.blottodesign.de)

#### Druck

agit-Druck, Berlin

#### Papier

Inhalt: Envirotop, 100g/m<sup>2</sup> matt hochweiß, Recyclingpapier aus 100% Altpapier  
Umschlag: Clarosilk, 200g/m<sup>2</sup>

#### Bezugsbedingungen

zu bestellen bei oben genannter Adresse

Die einzelnen Beiträge stehen unter der Creative Commons Lizenz: CC BY-NC-ND 3.0

# Quo vadis, EUROPA?

VON RALF FÜCKS

**W**ohl nie seit der Gründung der «Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl», der 1951 ins Leben gerufenen Vorläuferin der heutigen EU, war die politische Gemeinschaft der Europäer einem solchen Stresstest ausgesetzt wie in diesen Tagen. Dabei sind es nicht politische Differenzen zwischen den Mitgliedsstaaten der Union, die das Gebäck ächzen lassen. Vielmehr sind es gravierende Konstruktionsmängel des europäischen Hauses, die in der aktuellen Finanzkrise zutage treten.

Zum einen wird jetzt überdeutlich, dass es auf Dauer keine gemeinsame europäische Währung ohne eine koordinierte Fiskalpolitik geben kann. Die Währungsgemeinschaft ist nur zu halten, wenn die Haushaltspolitik der beteiligten Staaten nicht mehr allein ihre nationale Angelegenheit bleibt. Zweitens wird klar, dass eine gemeinsame Währung nicht ohne gegenseitige Haftung zu haben ist. Dass in der Währungsunion kein Staat für die Schulden eines anderen haftet, war ein frommer Selbstbetrug. Gemeinsame Haftung erfordert aber gemeinsame Regeln und eine überstaatliche Autorität zur Überwachung der Haushaltspolitik in der Eurozone, einschließlich der Verhängung von Sanktionen bei Verstößen gegen die Hausordnung. Der europäische Rat der Finanzminister allein kann diese Aufgabe nicht erfüllen – hier sitzen potenzielle über aktuelle Sünder zu Gericht.

Die dritte Herausforderung liegt in der auseinanderdriftenden wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit innerhalb der Währungsgemeinschaft. Sie ist letztlich die tiefere Ursache für die unterschiedliche Schulden- und Zinsdynamik zwischen den Eurostaaten. Alle Regional- und Strukturprogramme der EU haben daran nichts zu ändern vermocht. Und noch so viele Rettungsmilliarden für Griechenland werden dem Land nicht auf die Beine helfen, wenn es nicht gelingt, die griechische Wirtschaft auf Wachstumskurs zu trimmen. Gleichzeitig müssen auch die exportstarken Euroländer wie Deutschland mehr für ihre Binnennachfrage tun. Auch die Wirtschaftspolitik muss also stärker koordiniert werden, braucht

gemeinsame Leitplanken und Korrekturmechanismen. Das steckt hinter dem Ruf nach einer «Europäischen Wirtschaftsregierung». Auch hier gilt, dass sie mehr sein muss als ein gelegentlicher wirtschaftspolitischer Ratschlag der Regierungschefs.

All das läuft auf eine neue Qualität europäischer Integration hinaus, eine Vergemeinschaftung bisheriger Kernbereiche nationaler Souveränität. Es sind die viel gescholtenen Finanzmärkte, die erzwingen, wozu der europäischen Politik bisher die Kraft fehlte. Die «intergouvernementale Methode», bei der die europäischen Geschicke von den Regierungen der Mitgliedsstaaten gelenkt werden, ist an ihre Grenzen gestoßen. Künftig werden das Europäische Parlament und die Kommission – also die genuin europäischen Institutionen – eine wichtigere Rolle spielen müssen. Das allein reicht aber nicht aus, um zu gewährleisten, dass «mehr Europa» nicht mit einem Verlust an demokratischer Transparenz, Kontrolle, Berechenbarkeit und Beteiligungsmöglichkeiten einhergeht. Ein vereinigtes Europa kann nicht als Eliteprojekt hinter dem Rücken der europäischen Bürgerinnen und Bürger durchgesetzt werden. Es muss zugleich «von unten» und «von oben» gebaut werden. Es kann auch nicht aus bloßem Krisenmanagement entstehen, sondern braucht eine europaweite Verständigung über Gemeinschaftsaufgaben und Verfasstheit einer politischen Union. Diese Debatte wollen wir mit dem vorliegenden Heft ebenso befördern wie mit einer hochkarätigen Kommission, die unter dem Dach der Heinrich-Böll-Stiftung Vorschläge zu zentralen Politikfeldern der EU erarbeitet hat. Wir hoffen auf ein lebhaftes Echo! ■■■



**Ralf Fücks** Mitglied des Vorstands der Heinrich-Böll-Stiftung



# böll

THEMA

Nr. 4  
2011

## EINFÜHRUNG

- 4 **Die Bürger und Bürgerinnen müssten sich die Frage beantworten: Würde es uns ohne die Europäische Union besser gehen?** — *Ein Gespräch zwischen Daniela Schwarzer, Daniel Cohn-Bendit und Ralf Fücks*

## EUROPÄISCHE INNENANSICHTEN

- 8 **Zeittafel** — Schritte zur europäischen Einigung
- 9 **Wirklich? Unwiderruflich?** — Die EU als quasi natürliches Entwicklungsziel der europäischen Geschichte  
*Von Wolfgang Reinhard*
- 10 **Ja zu Europa!** — Unterschiedliche Gründe für eine gemeinsame Haltung  
*Von Nikos Chrysogelos (Spitzenkandidat der Grünen in Griechenland), Piotr Buras (polnischer Journalist), Berthold Huber (Erster Vorsitzender der IG Metall), Axel Schweitzer (Vorstandsvorsitzender der Alba Group), Rebecca Harms (MdEP), Cem Özdemir (Fraktionsvorsitzender der Grünen)*



14

- 12 **Religionsfreiheit? Ja, aber nicht für Moslems** — Über den modernen europäischen Rechtspopulismus  
*Von Dick Pels*



24

## AUSSENANSICHTEN

- 15 **Aus Singapur** — *Volker H. Schmidt*; **Vom Bosphorus** — *Joost Lagendijk*; **Aus Kiew** — *Sergij Solodkij*; **Aus Washington** — *Daniel Hamilton*; **Aus Beirut** — *Mohammad Ali Al-Atassi*

## VON ZAHLEN UND REALIEN

- 19 **Um die Krise zu bewältigen, müssen wir aufhören, sie zu instrumentalisieren** — *Von Rainer Emschermann*
- 21 **Auf der Zielgeraden: Die Finanztransaktionssteuer** — *Von Sven Giegold*



33

- 22 **On the move** — Eine neue europäische Binnenwanderung  
*Von Wolfgang Gaiser & Martina Gille*

## KEINE ZENTRALISIERUNG OHNE DEMOKRATISIERUNG

- 25 **Warum wir einen neuen Konvent brauchen** — *Von Annalena Baerbock & Manuel Sarrazin*
- 27 **Geschlechterverhältnis im Europaparlament und in den jeweiligen Nationalparlamenten**
- 28 **«Rightsizing Europe»** — Die Nationalstaaten verlieren nicht an Bedeutung, müssen aber einen Teil ihrer Souveränität abgeben  
*Von Reinhard Bütikofer*

## IM GROSSEN UND GANZEN

- 30 **Avantgarde oder tauber Kern?** — Das gespannte Verhältnis von Eurozone und EU  
*Von Joscha Schmierer*
- 32 **Kleine Chronik der Eurokrise**
- 33 **Vom Schiffbruch einer europäischen Außenpolitik** — Die Nationalstaaten verfolgen weiterhin nur ihre jeweiligen Interessen  
*Von Franziska Brantner*
- 35 **Die Grünen auf dem Weg, eine europäische Kraft zu werden!?** — Hoffnung auf das Wahljahr 2013  
*Von Pierre Jonckheer*

*Inklusive Einleger*

**Solidarität und Stärke** —  
Die Zukunft der Europäischen Union



## «Empört euch!»

Mit Platzbesetzungen und dem Aufbau von Zeltstädten protestieren inzwischen Jugendliche in vielen Regionen Europas. So auch auf dem Syntagma-Platz in Athen. Auch hier speist sich der Protest aus dem weit verbreiteten Gefühl, um die Zukunft betrogen zu werden. Die Forderungen sind deutlich: «Richtet unsere Welt neu ein», «Fehlermeldung: <Demokratie> konnte nicht gefunden werden», «Respektiert das Volk», «Hör auf deine Eingebung zur Gestaltung einer neuen Welt».



Fotos: Jean-Marc Caumont/Redux/laif

### DIE EU IN ZAHLEN

Über das Heft hinweg sind die Zahlen aller 27 EU-Länder im Vergleich zum EU-Durchschnittswert dargestellt.

Quelle: EUROSTAT

Arbeitslosigkeit  
Juli 2011



Jugendarbeitslosigkeit  
Juli 2011



Wachstumsrate BIP  
2009/2010



Staatsverschuldung (% des BIP)  
2009/2010



**Politische Handlungsfähigkeit lässt sich nicht im nationalen Rahmen zurückgewinnen, sondern nur auf europäischer Ebene. Bei aller Kritik an Europa müssen sich die Bürger und Bürgerinnen folgende Frage beantworten:**

## Würde es uns ohne die Europäische Union besser gehen?

EIN GESPRÄCH ZWISCHEN **DANIELA SCHWARZER, DANIEL COHN-BENDIT UND RALF FÜCKS**

**Ralf Fücks** Manchmal beschleunigt sich die Geschichte und fällt aus ihrem gewöhnlichen Trab in eine Art Schweinsgalopp. Den Eindruck hat man jetzt in der Europapolitik. Die Tinte unter dem Lissabon-Vertrag ist noch nicht lange trocken, und nachdem dieses Werk unter Mühen und Ächzen unter Dach und Fach war, sagten alle: Dies ist jetzt die politische Geschäftsgrundlage für die absehbare Zukunft. Doch heute mehrten sich die Stimmen, die auf eine Vertragsänderung und einen Sprung in Richtung Vereinigte Staaten von Europa drängen. Ist die Finanzkrise die Gelegenheit, unter dem Druck der Märkte diesen Sprung zu vollziehen, zu dem es vorher die politische Kraft nicht gab?

**Daniela Schwarzer** In meinen Augen hat die Krise – Finanzkrise, Wirtschaftskrise und jetzt Verschuldungskrise – die Europäische Union enger zusammengetrieben. Wir haben Reformen erlebt, von denen wir vor zwei, drei Jahren nicht geträumt hätten: europäische Finanzaufsicht, Bewegung in der Finanzmarktregulierung, der Rettungsschirm im Schuldenkrisenmanagement und die aktuelle Diskussion um eine Wirtschaftsregierung und eine politische Union. Wir sind an einem Punkt, wo man sagen kann: Es ist eine Menge geschehen. Aber es reicht längst nicht aus, um die Probleme in der Eurozone zu beheben. Dabei geht es nicht nur um rein technische oder wirtschaftliche Probleme – die gibt es auch. Darunter aber liegt das Problem der demokratischen Legitimation, dem wir immer näher rücken, weil wir mit vielen Maßnahmen in eine Sphäre vordringen, in der sich deutlich die Souveränitätsfrage stellt.



**Ralf Fücks** ist seit 1996 Mitglied des Vorstands der Heinrich-Böll-Stiftung. 1991 war er Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz in Bremen und Bürgermeister in der damals regierenden Ampelkoalition. Er ist Mitglied der Grundsatzkommission von Bündnis 90/Die Grünen.

•  
**IST DIE KLUFT ZWISCHEN DEN ELITEN, DIE VON OBEN NEUE FAKTEN SCHAFFEN, UND DEN GESELLSCHAFTEN, DENEN DAS NICHT GEHEUER IST, NICHT GEFÄHRLICH?**  
 •

Wir sind also am Kern der politischen Identität der Europäischen Union angelangt und damit bei den Fragen: Was heißt das alles für das europäische Entscheidungsgefüge und das Europäische Parlament? Welche Rolle soll die EU-Ebene gegenüber dem Nationalstaat haben?

Offen ist, ob die politische Kraft für einen Sprung Richtung politische Union vorhanden ist. Es gibt einige nationale Akteure, die bereit sind, diese Diskussion zu führen. Aber es gibt noch zu viele, die sich scheuen, diese großen Themen anzugehen und das Problem in seiner ganzen Dimension zu erfassen, weil sie bei den neuen Antworten etwas zu verlieren haben.

**Daniel Cohn-Bendit** Ralf, du hast gesagt: Kaum war die Tinte trocken unter dem Lissabon-Vertrag, begann der Kampf um seine Interpretation: Bringt der Vertrag nun eine Stärkung des intergouvernementalen Vorgehens durch Absprachen der nationalen Regierungen untereinander oder stärkt er die Vergemeinschaftungsmethoden? Wir vom Europäischen Parlament haben den Eindruck: Die nationalen Regierungen haben den Vertrag gar nicht gelesen. Sie halten zwar immer Sonntagsreden auf das EU-Parlament und die europäischen Institutionen, aber sie meinen das nicht wirklich. Das sieht man auch daran, wie sie in den Krisen agieren. Wir haben Staatschefs, vor allem in Frankreich und Deutschland, die diesen ganzen Europaprozess als die Privatangelegenheit einiger Regierungen verstehen. Also im positivsten Sinn: Sie wollen was tun. Man definiert Europa ja immer noch als Summe nationaler Souveränitäten. Aber das stimmt längst nicht mehr.

### DEUTSCHLAND (Gründungsmitglied)

★ 1951

○ = EU-Durchschnitt

Arbeitslosigkeit  
Juli 2011

6,1%

Jugendarbeitslosigkeit  
Juli 2011

9,5%

Wachstumsrate BIP  
2009/2010

-5,1%

3,7%

Staatsverschuldung (% des BIP)  
2009/2010

73,5%

83,2%





**Daniela Schwarzer** ist Leiterin der Forschungsgruppe «EU-Integration» der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

Zum Beispiel ist es atemraubend, was die Europäische Zentralbank macht. Die EZB handelt wirklich autonom. Ich glaube, ihr Chef Jean-Claude Trichet hat nie gedacht, dass er am Ende seiner Laufbahn so konsequent handeln würde. Er hat immer gesagt: Wir müssen zu föderalen Entscheidungsstrukturen kommen. Er hat diese ange-mahnt, weil er mit seiner Arbeit an Grenzen stieß. Aber diese Grenzen hat er beharrlich erweitert.

**Fücks** Im Moment schaffen Regierungen Fakten, von denen man gestern kaum geträumt hat.

**Cohn-Bendit** Nein, die Realität schafft Fakten, die die Regierungen nachvollziehen müssen.

**Fücks** Worauf ich hinaus will, ist ein Doppelpes: Einerseits sind es jetzt vor allem die Regierungen, die handeln. Das hat etwas mit der Verfasstheit der Eurozone zu tun, die noch viel stärker intergouvernemental aufgestellt ist als die Europäische Union. Zum anderen gibt es einen durch die Krise produzierten Sachzwang: Die Märkte erzwingen eine politische Vorwärtsbewegung der Staaten, ohne dass die Gesellschaften dabei mitkommen. Ist diese Kluft zwischen den europäischen Eliten, die von oben neue Fakten schaffen, und den Gesellschaften, denen das nicht geheuer ist, nicht gefährlich?

**Schwarzer** Ja, da ist eine Gefahr. In der Frühphase der Verschuldungskrise hätte die Politik viel mehr erklären müssen. Da wurden einfache Lösungen mit scheinbar langer Haltbarkeit vorgestellt, obwohl es viele Stimmen gab, die sagten: Da wird noch viel mehr nötig sein, um den Euro zu retten.

Die Politik hat oft den Eindruck erweckt, dass sie bei einer «roten Linie» angekommen ist, über die man nicht hinausgehen will. Und drei Wochen später hat sie diese Position revidiert und es wurde genau das gemacht, was vorher ausgeschlossen war. Dadurch entstehen Zweifel am Euro, an der EU – aber auch an den Regierungen. Was wir im Moment erleben, ist eine extrem sensible Phase in Bezug auf die öffentliche Meinung. Umfragen zeigen eine wachsende Skepsis gegenüber der EU.

**Cohn-Bendit** Da ist nicht nur ein wachsendes Misstrauen gegenüber Europa, sondern der Politik überhaupt.

**Schwarzer** Ja. Gleichzeitig gibt es die Einschätzung vieler Bürgerinnen und Bürger, dass die Lösung der bestehenden Probleme tatsächlich europäisch erfolgen muss, dass ein Rückfall in nationale Klein-Klein-Politik im Zuge der Globalisierung keine Lösung ist.

**Fücks** Für mehr Zusammenarbeit gibt es in den Umfragen eine Mehrheit, zumindest in Deutschland, aber nicht für die Abschaffung der Nationalstaaten zugunsten eines vereinigten Europas.

**Schwarzer** Das ist auch nicht die richtige Frage. Die Abschaffung der Nationalstaaten – so weit sind wir längst nicht. Nationale Identität ist eine bestehende Größe, die wird bleiben. Was jetzt ansteht, um die Bevölkerung abzuholen, ist zweierlei: die öffentliche Anerkennung, dass Europa wichtig ist, und, selbstkritisch, die Feststellung, dass Europa nicht optimal regiert wird. Die Bürgerinnen und Bürger haben den Aufbau Europas als Friedensprojekt unterstützt, jetzt wird nüchterner bewertet: Sind die Politiken erfolgreich? Wird hier auf demokratischer Grundlage gehandelt? Je mehr auf EU-Ebene entschieden wird und je weniger gut europäische Politik über die nationalen Entscheidungsträger vermittelt wird, desto eher entsteht ein Bruch in der Legitimationskette. Und die Krise hat durch die enorm weitreichenden Entscheidungen auf den EU-Gipfeltreffen, nach denen die nationalen Parlamente in wenigen Tagen Hilfspakete in Milliardenhöhe bewilligen mussten, dazu beigetragen. Für mich ist die große Aufgabe jenseits der Bewältigung der Finanzkrise, Europa demokratisch regieren zu können. Das hat institutionelle Konsequenzen, stellt aber auch neue Anforderungen an die politischen Akteure.

●

## DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER HABEN DEN AUFBAU EUROPAS ALS FRIEDENSPROJEKT UNTERSTÜTZT, JETZT WIRD NÜCHTERNER BEWERTET: SIND DIE POLITIKEN ERFOLGREICH? WIRD HIER AUF DEMOKRATISCHER GRUNDLAGE GEHANDELT?

●

**Cohn-Bendit** Ich will das anders ausdrücken: Wir haben heute Nationalstaaten und das entsprechende Nationalbewusstsein, aber auch deren Herausbildung war ein langer Prozess. Und die Entwicklung der Vereinigten Staaten von Europa wird auch lange dauern. Wer hätte vor 50 Jahren den jetzigen europäischen Prozess vorhergesagt? Niemand! Richtig ist: Die Legitimation des vereinten Europas allein durch den Erhalt von Frieden genügt nicht mehr.

**Fücks** Die alte Erzählung.

**Cohn-Bendit** Ja, aber diese alte Erzählung ist immer noch faszinierend. Ich war in vielen Schulen in Frankreich und Deutschland. Wenn man diese alte Geschichte erzählt, hören die Jugendlichen mit solchen großen Augen zu! Das kann sie packen, aber es genügt nicht mehr. Europa muss sich heute legitimieren durch die Fähigkeit, Probleme zu lösen. Und da haben wir ein wirkliches Problem.

Auf EU-Ebene haben wir eine Struktur, nach der die nationalen Regierungen die handelnden Akteure sind und wo es eine Kommission gibt, die durch diese Regierungen installiert wurde. Das heißt, die Regierungen haben sich EU-Politiker ausgesucht, die ihnen genehm sind. Und jetzt wundert man sich, dass alles nichts funktioniert! Die Krisen zwingen uns jetzt, eine Frage zu stellen – ob beim Euro oder beim Klima: Würde es uns ohne Europa besser gehen? Das ist das Einfallstor für Europa. Jeder rationale Mensch sagt dann: Nein!

Fotos: Stephan Röhl

**FRANKREICH**  
(Gründungsmitglied)  
★1951

○ = EU-Durchschnitt

Arbeitslosigkeit  
Juli 2011



Jugendarbeitslosigkeit  
Juli 2011



Wachstumsrate BIP  
2009/2010



Staatsverschuldung (% des BIP)  
2009/2010





**Daniel Cohn-Bendit** ist Publizist und Politiker, Mitglied des Europaparlaments der französischen Grünen; Ko-Vorsitzender der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz im Europäischen Parlament.

**Fücks** Ich sehe zwei große Befürchtungen in der Bevölkerung, auch bei denen, die durchaus europafreundlich sind. Die eine ist vor allem in Deutschland stark ausgeprägt: Wir geraten in eine Haftung ohne Grenzen, das wird ein Fass ohne Boden. Die zweite Befürchtung lautet: Die Weiterentwicklung der EU führt zur politischen Enteignung der Bürger. Für die Mehrheit der Menschen gilt, dass sie sich als Objekte europäischer Politik empfinden. Mit jeder weiteren Verlagerung politischer Kompetenzen auf die europäische Ebene sehen sie ihre Einflussmöglichkeiten auf Entscheidungen, die starke Auswirkungen auf ihr Leben haben, mehr und mehr schrumpfen. Die Antwort darauf kann nicht allein sein, das Europäische Parlament in seine vollen Rechte einzusetzen.

**Cohn-Bendit** Nein, das Europaparlament ist da zweitrangig. Aber die Menschen sind politisch enteignet worden durch die Globalisierung, nicht durch Europa. Nehmen wir die Finanzkrise, die hat in den USA angefangen. Dann sind die global handelnden Banken den Bach runtergegangen. Es gab zwei Möglichkeiten, sie zu retten: durch gemeinsame nationale Politik oder durch die Europäische Zentralbank. Ohne die EZB wäre das ganze Bankensystem in Deutschland, Frankreich usw. zusammengebrochen. Die Enteignung passierte doch nicht durch die Entscheidung der Europäischen Zentralbank!

Das Problem mit den Politikern ist, dass sie alle so getan haben, als ob sie die Krise national lösen könnten, obwohl das nicht der Fall ist. Wir haben die Menschen in der Situation nicht mitgenommen, und am Ende heißt es: Europa enteignet uns. Dabei ist Europa die einzige Lösung.

**Fücks** Europäische Einigung als Antwort auf die Globalisierung.

**Schwarzer** Aus Sicht der Bevölkerung, und das ist ja nicht ganz falsch, lassen sich im Verhältnis von Europa und Globalisierung seit einiger Zeit ein Rückzug der Politik und verstärkte Liberalisierungsprozesse konstatieren. Die EU hat ja über Jahre im Bereich Finanzmarktregulierung, Finanzmarktauf-sicht nicht viel gemacht hat.

**Cohn-Bendit** Deregulierung!

**Schwarzer** Ja, die EU hat dereguliert, und sie hat verpasst, Risiken zu erkennen und rechtzeitig zu handeln. Das rächt sich jetzt: Von vielen Europa-Skeptikern – zum Beispiel von Marie Le Penn in Frankreich – wird das alles zu einer Grundsatzkritik an Europa zusammengekocht. Da einzugreifen und zu erklären, dass Globalisierungsprozesse Zwänge und Fakten schaffen, auf die man reagieren muss, dass aber die politische Handlungsfähigkeit eben nicht im nationalen Rahmen zurückgewonnen werden kann, sondern, wenn überhaupt, auf gemeinsamer europäischer Ebene und dann noch mit den Partnern USA, Asien – das ist die richtige Botschaft. Diese Vermittlung

muss geleistet werden. Der zweite Punkt betrifft den politischen Output ...

**Cohn-Bendit** ... soziales Europa ...

**Schwarzer** ... auch das. Erinnern wir uns an das Scheitern der Referenden zum europäischen Verfassungsvertrag in Frankreich und in den Niederlanden. Sarkozys Antwort darauf: «L'Europe de projets». Die Idee: Man legt ein paar Projekte auf, das wird die Leute abholen, und damit vermeidet man die Grundsatzfragen. Doch das überzeugt diese überhaupt nicht, weil ein Gefühl des Kontrollverlusts vorherrscht. Darüber hinaus stößt das System an seine Grenzen. Bei der Aufgabe, europäische öffentliche Güter bereitzustellen, reicht es nicht, dass Spitzendiplomaten vorgefertigte nationale Positionen ins Feld zu führen, die nur eine Mehrheitsmeinung und nicht das gesamte Spektrum abbilden. Dadurch gerät das europäische Ganze aus dem Blick. Daraus folgen zwei Aufgaben: der Bevölkerung erklären, vor welcher Herausforderung wir stehen, also die Selbstbehauptung von Europa im globalen Kontext, und die Bürger besser in den Politikprozess einbinden. Das bedeutet für mich zum Beispiel Parteien mit europäischer Mitgliedschaft, stärkere Demokratisierung der Europäischen Union, Stärkung des Europaparlaments.

**Fücks** Wie gehen wir mit dem Widerspruch der zwei Geschwindigkeiten um? Zwischen dem demokratischen Prozess, der Zeit braucht, um eine politische Öffentlichkeit und politische Subjekte auf europäischer Ebene herauszubilden, und dem Zeitdruck der Krise, der fordert: Jetzt und hier muss gehandelt werden!

**Cohn-Bendit** Es ist noch nie so viel über Europa diskutiert worden wie jetzt. Ich will nicht sagen: Wir haben schon eine europäische Öffentlichkeit. Ich will nur, dass uns bewusst wird, was für einen Moment wir gerade erleben. Zum Beispiel: Wir sind keine Transferunion – dafür brauchen wir eine Grundgesetzänderung. Doch die wird kommen. Wenn man die Teile von CDU, FDP, SPD und Grünen, die dafür sind, zusammennimmt, ergibt sich ungefähr eine Zweidrittelmehrheit.

**Fücks** Grundgesetzänderung wofür?

**Cohn-Bendit** Hin zu einer Transferunion.

**Fücks** Deutscher Finanzausgleich im europäischen Maßstab?

**Cohn-Bendit** Nicht deutscher! Europäischer Ausgleich.

**ITALIEN**  
(Gründungsmitglied)

★1951

○ = EU-Durchschnitt

Arbeitslosigkeit  
Juli 2011



Jugendarbeitslosigkeit  
Juli 2011



Wachstumsrate BIP  
2009/2010

-5,2%



1,3%

Staatsverschuldung (% des BIP)  
2009/2010

116,1%



119%





DAS PROBLEM MIT DEN POLITIKERN IST,  
DASS SIE ALLE SO GETAN HABEN, ALS OB SIE  
DIE KRISE NATIONAL LÖSEN KÖNNTEN,  
OBWOHL DAS NICHT DER FALL IST.

**Fücks** Ausgleich von Lebensverhältnissen, Finanzkraft, Wirtschaftskraft? Europäische Planwirtschaft statt föderaler Wettbewerb?

**Cohn-Bendit** Wir haben doch jetzt eine spannende Debatte. Die Deutschen haben recht zu sagen: Es geht nicht, dass in Griechenland, Irland und sonst wo die Haushalte aus den Fugen geraten. Gleichzeitig ist jedem bewusst, dass die Wirtschaft in Griechenland weitergehen muss. Ich finde es falsch, dass man die Eurobonds nur als Mittel gegen Schulden ansieht, Eurobonds bieten Investitionsmöglichkeiten auf europäischer Ebene. Darüber wird aber nicht diskutiert. In Griechenland kommen 80 Prozent der Energie aus importiertem Erdöl. Klar, weil es dort keine Sonne und keinen Wind gibt! Aber wie soll Griechenland in erneuerbare Energien investieren? Wenn europäische Investitionen nicht dahin gebracht werden, wird nichts geschehen. Griechenland hat im Vergleich zu Deutschland oder Frankreich einen doppelt so hohen Verteidigungshaushalt – prozentual wie relativ. Warum? Weil die Türken ja morgen Griechenland überfallen werden! Wenn Europa da nicht eine gemeinsame Antwort findet, wird Griechenland es nie schaffen. Deswegen ist die Frage der Transferunion eine Frage der gemeinsamen Verantwortung, die nicht auf die Finanzen beschränkt ist.

**Fücks** Wie massiv dürfen die Eingriffe in die nationale Politik sein? Und wer setzt die Auflagen durch?

**Schwarzer** Die Länder, die zurzeit Hilfspakete bekommen, wobei die Auflagen sehr detailliert sind und es klare Vorgaben, Zeitpläne und eine temporäre Aufgabe von nationaler Souveränität gibt ...

**Cohn-Bendit** ... aber die Zeitpläne müssten realistisch sein.

**Schwarzer** Ich sage ja nicht, dass sie gut sind. Griechenland ist das beste Beispiel für ein misslungenes Paket von Auflagen in der ersten Fassung. Und wir sehen ja die Schwierigkeit, das verdaubar zu machen: die fehlende Akzeptanz bei der Bevölkerung, die Probleme der Vermittlung in dieser harten Krisensituation. Wie weit darf europäisches Mikromanagement gehen? Da ist meine Position ganz klar: Wir dürfen im Zuge der derzeitigen Reformen nicht eine von der europäischen Ebene im Detail gesteuerte Wirtschafts- und Haushaltspolitik für die Mitgliedsstaaten anstreben. Wir müssen differenzieren: Was muss auf europäischer Ebene koordiniert werden? Wo gibt es gute Sachargumente, damit wir gemeinsam handeln? Was nicht sein kann, ist, dass man einen detaillierten Vorgabepan an nationale Exekutiven gibt und sagt: Umsetzen! Das Signal muss natürlich deutlich sein: Ihr habt ein Problem, das müsst ihr lösen. Wie? Das könnt ihr im europäischen Rahmen selber gestalten.

Etwas anderes: Die Diskussion um die Transferunion, wie sie bei uns geführt wird, ist extrem eng. Diejenigen, die die Transferunion als Horrorbild an die Wand werfen, suggerieren, dass Deutschland immer auf der Zahlerseite ist. Sie rechnen nicht dagegen, was unser Interesse am Erhalt der Eurozone ist. Das muss auch mitgedacht werden, wenn vermeintlich einfache Lösungen wie der Rausschmiss eines Landes aus der Eurozone diskutiert werden – mit den möglichen Dominoeffekten für weitere Länder und den Binnenmarkt.

**Fücks** Brauchen wir einen neuen Konvent zur Zukunft Europas, um diesem

Beratungsprozess eine Form zu geben und das Nachdenken über künftige Strukturen, Kooperationsformen und gemeinsame Verpflichtungen nicht nur den Regierungen und Parlamenten zu überlassen, sondern die europäische Öffentlichkeit stärker einzubeziehen?

**Schwarzer** Ja. Jetzt ist der Moment, an dem wir die Grundsatzfragen stellen müssen. Der Konvent wäre ein Anlass, um in den nationalen Diskussionen präsent zu sein.

**Cohn-Bendit** Konvent, das heißt gemeinsame Diskussion der nationalen Parlamente, des Europäischen Parlaments und der europäischen Regierung.

**Schwarzer** Im Moment reden wir Tag für Tag über Krisenmanagement, doch nebenher wurden in den letzten 18 Monaten Fakten geschaffen, die das Gesicht der Eurozone maßgeblich verändern. Und das merkt die Bevölkerung. Schauen Sie sich die skeptischen bis feindlichen Reaktionen im Internet an zu proeuropäischen Artikeln, in denen steht: «Wir müssen noch weitergehen.» Bei allem Optimismus, den wir für die Entwicklung einer europäischen politischen Identität und Kultur aufbringen: Im Moment haben wir zwei Strömungen, die gegeneinander arbeiten. Es gibt durchaus antieuropäische Gefühle und einen antieuropäischen Populismus. Bei uns in Deutschland ist dieser nicht so deutlich in einer Partei manifest. In anderen Ländern schon, und dort findet diese Strömung mehr mediales Gehör. Wir müssen um die Idee Europa kämpfen. Und wenn wir denn am Ende zu einem neuen Vertrag kommen, muss die Frage in eventuellen Referenden nicht mehr heißen: «Ja oder nein zum Vertrag?», wobei die Neinsager sein Inkrafttreten verhindern könnten. Die Frage muss stattdessen sein: «Wollen wir oder wollen wir nicht beim nächsten Schritt dabei sein?»

**Cohn-Bendit** Genau das ist es! Damit gewinnst du jedes Referendum. Wenn du sagst: Hier ist ein gemeinsamer Vertrag, wer will mitmachen? Wer will nicht mitmachen? Das Problem ist, dass diese ganzen Referenden verlogen sind. Die Leute denken: Wenn wir nein sagen, bleibt alles, wie es ist; wenn wir ja sagen, wird sich etwas verändern. Sie wissen nicht, dass auch ein Nein Veränderungen bewirkt. ■■■

**BELGIEN**  
(Gründungsmitglied)

★1951

○ = EU-Durchschnitt

Arbeitslosigkeit  
Juli 2011



Jugendarbeitslosigkeit  
Juli 2011




Wachstumsrate BIP  
2009/2010



Staatsverschuldung (% des BIP)  
2009/2010





## Schritte zur europäischen Einigung

**1951**

Deutschland, Frankreich, Italien sowie die drei Beneluxstaaten gründen die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

**1957**

Die Römischen Verträge zur Europäischen Wirtschaftsunion, Euratom und über gemeinsame Institutionen wie parlamentarische Versammlung, Gerichtshof und Wirtschafts- und Sozialausschuss werden unterzeichnet und treten ein Jahr später in Kraft.

**1967**

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften (EG) nimmt ihre Arbeit auf.

**1974**

Die Staats- und Regierungschefs der EG beschließen, sich regelmäßig als Europäischer Rat zu treffen.

**1978**

Der Europäische Rat beschließt die Einführung des europäischen Währungssystems und der europäischen Währungseinheit.

**1979**

Erste Direktwahl des Europäischen Parlaments.

**1985**

Die Kommission präsentiert ihr Weißbuch zur Vollendung des Binnenmarktes. Das Schengener Abkommen u.a. zur schrittweisen Abschaffung der Grenzkontrollen an den Binnengrenzen wird von Deutschland, Frankreich sowie den Beneluxstaaten beschlossen.

**1986**

Portugal und Spanien treten der EG bei.

**1990**

Acht EG-Staaten unterzeichnen das Schengener Durchführungsabkommen (Schengen II).

**1991**

Die Staats- und Regierungschefs beenden ihre Regierungskonferenzen zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und zur Politischen Union und einigen sich in Maastricht auf den Vertrag über die Europäische Union.

**1992**

Der Maastricht-Vertrag wird unterzeichnet, womit die EG nun eine der «drei Säulen» der EU bildet.

**1993**

Weitestgehende Vollendung des Binnenmarktes.

**1994**

Der Ausschuss der Regionen konstituiert sich.  
Die Vereinbarungen des Schengener Abkommens treten in Kraft.

**1996**

Die Regierungskonferenz in Turin einigt sich auf einen weiteren Ausbau und eine Reform der EU und beschließt am Ende des Jahres in Dublin den Stabilitätspakt.

**1997**

Die EU-Außenminister unterzeichnen den Vertrag von Amsterdam, der 1999 in Kraft tritt.

**1999**

Die dritte Stufe der Europäischen Währungsunion tritt in Kraft, womit der Euro als Buchgeld in der Eurozone eingeführt ist.  
Europol nimmt seine Arbeit auf und der Hohe Vertreter der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wird benannt.  
Die Türkei wird Beitrittskandidat.  
Der Konvent der Europäischen Charta der Grundrechte nimmt seine Arbeit auf.

**2000**

Der Europäische Rat beschließt, dass Griechenland zu Beginn 2001 den Euro einführt, und entwickelt zudem eine neue Strategie zur Förderung der Beschäftigung in der EU, zur Modernisierung der Wirtschaft und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts (Lissabon-Strategie).  
In Nizza einigen sich die Staats- und Regierungschefs auf einen neuen Vertrag (Nizza-Vertrag), der das Beschlussfassungssystem auf die Erweiterung vorbereitet und 2003 in Kraft tritt.  
Die Charta der Grundrechte der EU wird feierlich verkündet.

**2001**

Der Europäische Rat von Laeken beschließt eine umfassende Reform der EU und die Einrichtung eines Konvents zur Zukunft der Europäischen Union.

**2002**

In zwölf Ländern wird der Euro als Bargeld eingeführt.  
Der Europäische Rat von Kopenhagen beschließt die Aufnahme von zehn ost- und mitteleuropäischen Staaten und entwickelt die sogenannten Kopenhagener Beitrittskriterien.

**2003**

Der Konvent zur Zukunft der Europäischen Union schließt seine Arbeit am Entwurf einer Europäischen Verfassung ab, und die Regierungskonferenz beginnt mit der Erarbeitung eines Verfassungsvertrags. Zudem wird der Aufbau eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts vereinbart.  
Ende des Jahres wird bekannt, dass Griechenland seine Zahlen zur Aufnahme in die Eurozone gefälscht hat.

**2005**

Frankreich und die Niederlande lehnen per Volksentscheidung die Europäische Verfassung ab.

**2007**

Bulgarien und Rumänien treten der nunmehr 27 Mitglieder umfassenden EU bei, und Slowenien führt als 13. Land den Euro ein.  
Die 27 EU-Staaten unterzeichnen nach dem Scheitern des Verfassungsvertrages den Vertrag von Lissabon, der die vorherigen Verträge ändert.

**2008**

Angesichts der weltweiten Finanzkrise, die auch europäische Banken in Not bringt, diskutiert der Europäische Gipfel im Herbst über eine umfassende Reform des Finanzsystems.

**2009**

Der Euro wird gesetzliches Zahlungsmittel in der Slowakei.  
Griechenlands enormes Haushaltsdefizit wird bekannt. Der Europäische Rat beschließt, die Hilfen für in Schwierigkeiten geratene Länder aufzustocken.  
Ende des Jahres tritt der Vertrag von Lissabon in Kraft.

**Chronik der Eurokrise → S.32**

Eine Zeitlang konnte man meinen, eine immer dichter gestrickte Europäische Union sei das quasi natürliche Entwicklungsziel der europäischen Geschichte.

# Wirklich? UNWIDERRUFLICH?

VON WOLFGANG REINHARD

**G**eschichte kennt keine evidenten Entwicklungsziele. Daher lässt sich weder die aktuelle Entwicklung der EU noch die gesamte europäische Geschichte auf eine eindeutige Zukunftsperspektive hochrechnen. Nichtsdestoweniger können wir historische Entwicklungstendenzen identifizieren, aus denen sich auf zukünftige Möglichkeiten schließen lässt. Allerdings gibt es immer mehrere derartige Zukunftsperspektiven.

Die Erfahrung lehrt, dass ein erreichter Institutionalisierungsgrad starke Beharrungskraft aufweist und sich kaum vollständig rückgängig machen lässt. Zu viele Interessen haben sich jeweils daran gehängt. Ein totaler Zerfall der EU ist deshalb ebenso unwahrscheinlich wie ein Krieg zwischen Ländern Mittel- und Westeuropas, der noch im letzten Jahrhundert eine selbstverständliche Möglichkeit war. Auch die gemeinsame Währung Euro dürfte ungeachtet aller Unkenrufe dank dieses historischen Trägheitsprinzips weiterleben.

Das Grundmotiv der europäischen Geschichte von ihren Anfängen bis heute ist die produktive dialektische Spannung von Vielfalt und Einheit. Das ist keine Leerformel, sondern ein dynamischer Prozess mit klarem historischem Inhalt, auf den sowohl der moderne Staat als auch die EU zurückzuführen sind und der beiden immer noch Zukunftsperspektiven vorgeben könnte.

Geografische und ethnische Uneinheitlichkeit führten zu einer Vielzahl rivalisierender politischer Einheiten, die sich im Gegensatz zu anderen Weltgegenden nie auf Dauer zu einem einzigen Großreich verbinden ließen, weder von Karl dem Großen noch von Napoleon oder Hitler. Stattdessen führten ihre ständigen Konflikte bis ins 19. Jahrhundert zu einer Reduzierung ihrer Zahl auf ca. zwei Dutzend überlebende Einheiten einerseits, zu deren Entwicklung aus locker strukturierten Herrschaften zu intensiv organisierten modernen nationalen Machtstaaten andererseits. Politischer Wille zur Selbstbehauptung auf Kosten der Nachbarn ließ die europäische Geschichte zu einem Rüstungswettlauf werden, dessen Kosten wiederum immer intensivere Kontrolle von Ressourcen und Untertanen nötig machten, bis schließlich Volkssouveränität und Nationalismus deren totale politische Verfügbarkeit ermöglichten.

So hat Europa mit dem modernen Staat die machtvollste politische Organisation erfunden, die Menschen bisher zustande gebracht haben.

Das ist aber nur die eine Seite, denn ungeachtet ihrer Konflikte blieben die europäischen Gemeinwesen stets durch eine gemeinsame Kultur verbunden, zunächst durch das lateinische Christentum. Das konnte nach außen zu gemeinsamen Aktionen gegen Dritte führen, etwa die verschiedenen Kreuzzüge, nach innen zu dem Vorwurf, Kriege zwischen Christen seien verwerfliche Bruder- und Bürgerkriege. So Erasmus von Rotterdam, der Ahnherr aller Aufklärer. Denn auch als das Christentum allmählich verdunstete, blieb es bei Gemeinsamkeiten der politischen Kultur. So haben die Europäer im Bewusstsein ihrer Zusammengehörigkeit die ständigen diplomatischen Vertreter und die internationale Friedenskonferenz erfunden. Kriege wurden auf vorübergehende Auseinandersetzungen reduziert und Besiegte zwar geschwächt, aber nicht vernichtet, denn es galt das europäische Mächtesystem einigermaßen im Gleichgewicht zu halten. Daraus entwickelten sich das europäische Völkerrecht (das eigentlich «Staatenrecht» heißen müsste) und seit dem 19. Jahrhundert immer mehr internationale Organisationen vom Roten Kreuz und dem Weltpostverein bis zum Völkerbund und der UNO. In diesem Rahmen konnten nach dem Zweiten Weltkrieg gemeinsame europäische Institutionen geschaffen werden, deren Bewährung enorme Wachstumsimpulse auslöste, allerdings wegen ihrer einseitigen Ausrichtung ziemlich korrekturbedürftige. Denn die Hoffnung auf Vereinigte Staaten von Europa mit einem schweizerisch-vielsprachigen europäischen Volk als demokratischem Souverän haben uns die nationalen politischen Klassen bisher nicht völlig austreiben können! ■■■



**Wolfgang Reinhard** war von 1977–90 Professor für neuere und außereuropäische Geschichte in Augsburg und Freiburg, 2005–10 Fellow am Max-Weber-Kolleg in Erfurt, 2001 Preis des Historischen Kollegs. 52 Bücher, darunter: «Geschichte des modernen Staates» 2007.

**LUXEMBURG**  
(Gründungsmitglied)  
★ 1951

○ = EU-Durchschnitt

Arbeitslosigkeit  
Juli 2011



Jugendarbeitslosigkeit  
Juli 2011



Wachstumsrate BIP  
2009/2010



Staatsverschuldung (% des BIP)  
2009/2010





## Unterschiedliche Gründe für eine gemeinsame Haltung

# Ja zu Europa!



**NIKOS CHRYSOGELOS**

SPITZENKANDIDAT DER GRÜNEN IN GRIECHENLAND

Griechenland steht im Mittelpunkt einer globalen Krise. Der Grund: Die Eurozone hat zwar eine gemeinsame Währung, jedoch keine gemeinsame Wirtschafts- und Steuerpolitik. Zu Griechenlands strukturellen Problemen kommt hinzu, dass das wenig logische Krisenhandeln der Eurozone dazu geführt hat, dass Griechenlands Wirtschaftsleistung schrumpft und sein Handelsdefizit wächst. Die beiden führenden Parteien Griechenlands sind sehenden Auges in diese Sackgasse gerannt; sie haben nicht versucht, dringend notwendige politische, wirtschaftliche oder soziale Reformen einzuleiten. Und den wichtigen politischen Kräften Europas fehlte der Mut zu «mehr Europa», während populistische Strömungen hoffen, in der Krise durch Anti-EU-Ressentiments bessere Wahlergebnisse einzufahren. So ist die griechische Defizit- und Schuldenkrise, die in absoluten Zahlen vergleichsweise unbedeutend ist, zu einer Krise geworden, die die Eurozone und die EU grundlegend erschüttert.

Die Folge waren Sparmaßnahmen, mit denen Griechenland «gerettet» werden sollte und die zu einer beispiellosen Arbeitslosigkeit, gewaltigen Gehaltskürzungen und einem Auseinanderbrechen einer schon zuvor wenig stabilen sozialen Infrastruktur geführt haben. Deutlich wird, dass diese Maßnahmen auf sozialer, wirtschaftlicher und politischer Ebene unhaltbar sind und das Land in eine explosive Situation führen.

Griechenland benötigt dringend wohlgedachte Reformen auf Grundlage europäischer Solidarität und einer grünen Wirtschaftswende. Solche Reformen sollten sich auf die Neustrukturierung der Verwaltung, die Weiterbildung und Umschulung von Arbeitskräften sowie eine Wende weg von einer bürokratischen, hin zu einer sozialen und grünen Infrastruktur konzentrieren. Begleitet werden sollte dies von gezielten Schnitten bei den Ausgaben und drastischen Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung und Korruption – woran im Übrigen auch ausländische Firmen beteiligt sind. Auf diese Art würden grüne Investitionen möglich, die für Innovation stehen und Arbeitsplätze speziell für junge Menschen schaffen. Griechenland vor dem Zerfall zu retten würde auch Europa nützen.

Übersetzung: Bernd Herrmann



**PIOTR BURAS**  
POLNISCHER JOURNALIST

Wenn es um den Wert Europas geht, darf man keine großen Worte meiden – gerade jetzt und erst recht jetzt, wo sich die bisherigen Selbstverständlichkeiten im Taumel der Euro- und Schuldenkrise auflösen. Für Polen ist Europa eine Schicksalsfrage, gerade weil die Zugehörigkeit für uns politisch – nicht zivilisatorisch und kulturell – nie selbstverständlich war.

Jede Nation hat ihr eigenes europäisches Narrativ. In Deutschland erzählt es vom Krieg und Frieden, vom «langen Weg nach Westen» (Heinrich August Winkler), von der Überwindung des Sonderweges und der Überhöhung der (deutschen) Kultur. Das polnische Europa-Narrativ handelt von einer Flucht: vor der Provinzialität und dem geopolitischen Fatum. Im 19. Jahrhundert, als das moderne Europa der Nationalstaaten entstand, war Polen nicht dabei. Das Land war zerstückelt und als Nation von den Teilmächten unterdrückt. Nach dem Ersten Weltkrieg war Polen zwar wieder auf der politischen Karte des Kontinents aufgetaucht, jedoch auf seiner schlechteren Hälfte – in Rapallo und Locarno marginalisiert und im Zangengriff der zwei großen Nachbarn, Deutschland und der Sowjetunion, die 1939 wieder zuschlugen. Auf den Blutvoll des Zweiten Weltkrieges folgte das Dahinsiechen im kommunistischen Ostblock – nicht gerade der Platz unter der europäischen Sonne, den wir uns erträumt hätten. Diese Geschichte ist der Hintergrund für das polnische Verhältnis zu Europa.

Polen ist eine der europafreundlichsten Nationen in der EU, und die Polen ergreifen die Modernisierungschance, die ihnen die EU-Mitgliedschaft bietet, mit Herz und Verstand. Doch taugt die historische Begründung Europas auch für die Zukunft? Sie gilt nach wie vor, doch sie taugt nicht für die Legitimation eines Europas, das an einem Scheideweg steht. Auch die Polen brauchen ein neues Europa-Narrativ. Es wäre aber illusorisch zu glauben, dass eine Neubegründung Europas nach dem alten Muster der Vergangenheitsgemeinschaft verlaufen könnte. Das neue Narrativ kann nicht mehr, wie in der Vergangenheit, polnisch, deutsch oder dänisch sein, sondern es muss sich aus der Zukunft speisen und auf dem Lebensgefühl einer neuen Generation aufbauen. Dieses ist in allen EU-Ländern zurzeit erstaunlich ähnlich: Es zeugt von Unsicherheit und Ängsten vor düsteren Aussichten auf dem Arbeitsmarkt und geringen Chancen für einen sozialen Aufstieg.

Trotz guter Wirtschaftsdaten greift diese pessimistische Stimmung auch in Polen um sich. Das neue Narrativ muss die Vision einer «guten Gesellschaft» entwickeln und Ansätze bieten für einen «guten Kapitalismus» als Alternative zu den vergangenheitsbezogenen Europabegründungen. Wir suchen einen neuen «european dream», der Antworten auf die Herausforderungen nicht des vergangenen, sondern des 21. Jahrhunderts gibt.

### NIEDERLANDE (Gründungsmitglied)

★1951

= EU-Durchschnitt

#### Arbeitslosigkeit Juli 2011

4,3%

#### Jugendarbeitslosigkeit Juli 2011

7,5%

#### Wachstumsrate BIP 2009/2010

-3,9% 1,8%

#### Staatsverschuldung (% des BIP) 2009/2010

60,8% 62,7%



**REBECCA HARMS**

FRAKTIONSVORSITZENDE DER GRÜNEN/EFA IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

In Zeiten des Zweifels, wie wir sie wegen Finanz- und Wirtschaftskrise gerade erleben, ist es unverzichtbar, sich die gemeinsame Geschichte und Leistung der Europäischen Union bewusst zu machen. Sich zu vergegenwärtigen, wie sehr sich mittlerweile die Lebensverhältnisse oder auch die Umweltschutzniveaus der Mitgliedsstaaten angenähert haben, hilft zu verstehen, was in der Gemeinschaft möglich ist. In dem Bewusstsein der erfolgreichen Aufbauleistungen sehe ich alle Voraussetzungen gegeben, nicht nur die Wirtschaft und die Finanzen der EU in Ordnung zu bringen. Gemeinsam wird es uns Europäern auch gelingen, die Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit zu steuern. Eine gemeinsame Wirtschaftsregierung soll nicht nur Haushalte in Ordnung halten. Die Ziele für wirtschaftliche Entwicklung müssen die Bewahrung der Lebensgrundlagen beinhalten. Klimaschutz und Ressourceneffizienz sind für das erklärte Ziel der Generationengerechtigkeit genauso wichtig wie der Abbau der öffentlichen Schulden. Wir Europäer können und werden das gemeinsam schaffen!



**BERTHOLD HUBER**

ERSTER VORSITZENDER DER IG METALL

«Es gehört uns allen, dieses Europa.» Dieser Satz von Willy Brandt stammt aus dem Jahr 1979. Heute trifft er den Wunsch, nicht das Empfinden der europäischen Bürgerinnen und Bürger. Die Eurokrise, befürchtete Staatspleiten und die damit einhergehende politische Erosion gefährden die europäische Idee. Richtig ist: Wir müssen Europa stabilisieren und weiterentwickeln. Grundfalsch ist der Ruf nach dem deutschen Alleingang. Wir brauchen mehr Europa, nicht weniger! Notwendige Ausgabenbeschränkung und zielgerichtete Investitionen müssen gleichzeitig erfolgen. Dafür brauchen wir eine demokratisch legitimierte, europäische Wirtschafts- und Finanzregierung. Deutschland wird im europäischen Verbund Verantwortung und Lasten übernehmen müssen. Europa braucht uns, wie wir Europa brauchen. Es geht um ein wichtiges politisches Projekt. Wir wollen ein friedliches und soziales Europa, das die blutigen Konflikte der Vergangenheit überwunden hat. Auch deshalb muss Willy Brandts Vision endlich Wirklichkeit werden. Die IG Metall steht dazu.



**AXEL SCHWEITZER**

VORSTANDSVORSITZENDER DER ALBA GROUP PLC & CO. KG, BERLIN

Europa bietet gerade Deutschland als Exportnation eine stabile Basis, mit den anderen Euroländern gemeinsam als eine vereinte wirtschaftliche Kraft im Wettbewerb zu bestehen. Dank der Einführung des Euro verfügen wir über einen einheitlichen Wirtschaftsraum, der Handelshemmnisse gesenkt hat und die Chance bietet, mit den aufkommenden neuen asiatischen Wirtschaftsmächten auf Augenhöhe zu verhandeln. Die aktuell bestehenden Finanzkrisen, beispielsweise in Griechenland, zeigen, dass es in Zukunft darum gehen muss, die gemeinsame europäische Währung zu stabilisieren. Dabei muss aber darauf geachtet werden, dass Anreize zur soliden Haushaltsführung für die Einzelstaaten festgeschrieben werden. Europa ist und bleibt für mich alternativlos. Um auch mittelfristig nicht von der asiatischen Entwicklung abgehängt zu werden, müssen wir uns von einem Staatenbund zum Bundesstaat entwickeln.



**CEM ÖZDEMİR**

FRAKTIONSVORSITZENDER VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Es war immer einfach, Europäerin oder Europäer zu sein. Sicher, es gab auch Krisen, aber letztlich herrschte das Gefühl vor, dass es dank der europäischen Integration allen besser ging. Was einst vor 60 Jahren mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ihren Anfang nahm, ist heute der weltweit größte, politisch und wirtschaftlich erfolgreichste, freiwillige Zusammenschluss von Staaten, derzeit sind es 27. Im Vertrag von Lissabon haben wir den «wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten» festgeschrieben. Heute jedoch, wo diese Solidarität – und nicht bloß verbale Solidaritätsbekundungen – zum Wohle aller in Europa tatsächlich gefragt ist, wollen einige davon plötzlich nichts mehr wissen. Gleichzeitig übergehen sie die Konsequenzen, die ein Scheitern des Euro mit sich bringen würde. Vielleicht soll dieser unverantwortliche Umgang mit dem europäischen Projekt den einen oder anderen Stammtisch vom eigenen Versagen ablenken – die Schulden und Probleme Europas werden damit jedoch nur größer und die finanzielle und politische Rechnung teurer. ■■■

**DÄNEMARK**  
★1973

○ = EU-Durchschnitt

Arbeitslosigkeit  
Juli 2011



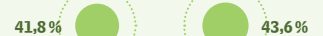
Jugendarbeitslosigkeit  
Juli 2011



Wachstumsrate BIP  
2009/2010



Staatsverschuldung (% des BIP)  
2009/2010



Begriffe wie «Rechtsextremismus» und «Neofaschismus» kennzeichnen die traditionelle politische Rechte, den modernen Rechtspopulismus können sie nicht mehr hinreichend erklären. Ausleuchtung eines neuen Phänomens

# Religionsfreiheit? JA, ABER NICHT FÜR MOSLEMS

VON DICK PELS

↓ Proteste gegen die steigende Islamophobie und den Rechtspopulismus eines Geert Wilders (2008). Zwei junge Niederländerinnen haben sich in einen Tschador gehüllt.



**D**en Niederlanden kommt die zweifelhafte Ehre zu, an vorderster Front dessen zu sein, was man die «zweite Generation» rechter populistischer Bewegungen nennen könnte. Während Bewegungen der ersten Generation wie die Front National, der Vlaams Blok/Belang, die Lega Nord und die FPÖ enge Verbindungen zu radikal-nationalistischen, autoritären und rassistischen Traditionen haben, sind neuere Bewegungen wie die Dansk Folkeparti, die Perussuomalaiset (Wahre Finnen), die Sverige Demokraterna, die flämische N-VA und, in den Niederlanden, die Lijst Pim Fortuyn und Geert Wilders Partij voor de Vrijheid eher bürgerlich-nationalistisch, national-liberal und kulturell (nicht ethnisch) geprägt.

Die grünen Parteien Europas stecken, was diese neuen populistischen Bewegungen angeht, in einer eigenartigen Zwickmühle. Historisch gesehen sind beide Bewegungen zeitgleich in den späten 60er- und frühen 70er-Jahren entstanden. Sie sind ideologische Gegensätze in einer neuen Dimension kulturell geprägter Politik, die im Vergleich zum überkommenen, sozioökonomisch begründeten Rechts-Links-Schema in einem anderen Koordinatensystem verortet ist. In der Analyse dieser neuen populistischen Herausforderung hinken die Grünen hinterher. Sie neigen dazu, alles über einen Kamm zu scheren, sie differenzieren nicht, etwa zwischen erster und zweiter Generation, und bedienen sich schaler, wenig hilfreicher Schlagworte wie «Rechtsextremismus» und «Neofaschismus».

Der Populismus der zweiten Generation ist aber eine ideologisch und politisch neue Erscheinung, die es nötig macht, unsere intellektuellen und

Foto: Miller/Hollandse Hoogte/hair

**GROSSBRITANNIEN**  
★1973

○ = EU-Durchschnitt

Arbeitslosigkeit  
Mai 2011

7,8%

Jugendarbeitslosigkeit  
Mai 2011

20,2%

Wachstumsrate BIP  
2009/2010

-4,9%

Staatsverschuldung (% des BIP)  
2009/2010

69,6%

80%





← Geert Wilders als Gastredner bei einer Wahlveranstaltung der Partei «Die Freiheit» in Berlin am 3. September 2011.

politischen Werkzeuge zu schärfen. Man betrachte nur die drei «Skeptizismen» der neuen rechten Populisten, die in grundsätzlichem Widerspruch zu unseren Werten und Überzeugungen stehen: die Integrations-Skepsis (Moslems – oder Roma – können nie Teil unserer demokratischen Kultur sein); die Klima-Skepsis (Klimawandel ist eine von verrückten Wissenschaftlern angeheizte Hysterie) und die Euro-Skepsis (im Unterschied zu den Nationalkulturen ist Europa «unbeseelt», da ihm ein Volk fehlt, es somit nie zu einer wahren Demokratie werden kann).

**Nationale Demokratie und nationaler Individualismus**

Ich möchte zwei Bezeichnungen vorschlagen, die helfen könnten, die neuen Entwicklungen zu kennzeichnen: «nationale Demokratie» und «nationaler Individualismus». Beide stehen in scharfem Gegensatz zu unseren Idealen der Freiheit, Demokratie, Gleichberechtigung, Inklusivität und Toleranz. «Nationale Demokratie» besagt, dass trotz gewisser Spannungen zu demokratischer Rechtstaatlichkeit und bei Fragen des Benimms und der Stimmlagen die neopopulistischen Parteien und Bewegungen im Allgemeinen die Grundregeln der repräsentativen parlamentarischen Demokratie anerkennen – im Unterschied zu Faschisten und Neonazis, die diese zu Gunsten eines autoritären Führersystem zerschlagen wollen. Die neopopulistische Kritik am geschlossenen System der Parteiendemokratie bedeutet nicht, dass man es abschaffen will, vielmehr will man es um Elemente

•  
 IN DER ANALYSE  
 DER NEUEN RECHTS-  
 POPULISTISCHEN  
 HERAUSFORDERUNG  
 HINKEN DIE GRÜNEN  
 HINTERHER.  
 •

direkter, plebiszitärer Demokratie ergänzen und so Wahlgänge vervielfachen und stärker personalisieren.

Die Bezeichnung «nationaldemokratisch» passt auch, weil hier die Demokratie buchstäblich nationalisiert wird. «Volksherrschaft» wird als die Herrschaft eines «eingeborenen», inländischen Volks verstanden, wodurch Demokratie zur nationalen Errungenschaft eines «Wir», also einer Bevölkerungsmehrheit und ihrer Leitkultur, erklärt wird, die Ausländer und Zugewanderte legitimerweise ausschließen kann. In erster Linie geht es dabei um Moslems, die, so die Argumentation, einer Religion angehören, die totalitär und gewaltbereit sei und sich mit demokratischen Traditionen nicht vereinbaren ließe. Aber auch ein überstaatliches politisches Gebilde wie die Europäische Union kann, dieser Sicht zufolge, niemals wirklich demokratisch werden, da es ihr an einer gemeinsamen eigenen Kultur, Sprache und Identität fehle.

Die zweite von mir gewählte Bezeichnung hebt die soziopolitische Neuartigkeit des modernen Populismus noch schärfer hervor: «nationaler Individualismus». Für diese Bezeichnung, die polemisch den Anklang zum «nationalen Sozialismus» funktionalisiert, gibt es sowohl politisch-ökonomische wie auch kulturelle Gründe. Der neue Populismus ist Antistaat, antilinks und Antisozialismus, wohingegen die historischen faschistischen und nationalsozialistischen Regime im großen Stil auf staatliche Eingriffe und Planung setzten (s. Görings Vierjahresplan), die Wirtschaft korporatistisch organisierten und Eigentumsrechte beschnitten. Während nationalsozialistische Bewegungen oft von antikapitalistischen Sehnsüchten inspiriert waren, sind nicht wenige dieser

Foto: dpa

**IRLAND**  
 ★ 1973

○ = EU-Durchschnitt

Arbeitslosigkeit  
 Juli 2011



Jugendarbeitslosigkeit  
 Juli 2011



Wachstumsrate BIP  
 2009/2010



Staatsverschuldung (% des BIP)  
 2009/2010





↑ Niederländer demonstrieren für Toleranz und gegen steigende Islamophobie in Amsterdam 2008.

neuen populistischen Gebilde aus ultraliberalen, staatskritischen und Anti-Steuer-Parteien hervorgegangen und haben erst später Immigration und Integration zu ihren Themen gemacht.

### Der neue Populismus und die Kulturrevolution der 1960er- und 1970er-Jahre

Aber die Populisten nationalisieren nicht nur die politischen und wirtschaftlichen Freiheiten, sie nationalisieren auch kulturelle Freiheiten wie Frauenrechte, Homosexuellenrechte, Trennung von Staat und Religion. Ein «nationaler Individualismus» unterscheidet sich von den Bewegungen der 1930er-Jahre auch dadurch, dass diese das Individuum rigoros dem Völkischen unterwarfen («Du bist nichts, dein Volk ist alles»). Der moderne rechte Populismus hält nichts von einer «Sozialisierung der Massen», er will das Sprachrohr sein für ein «Volk von Individuen» (oder besser: Individualisten). Ihm geht es gleichermaßen um die Freiheit des Einzelnen wie um die Freiheit des Volkes. Dieser neue Populismus ist nicht denkbar ohne die Kulturrevolution der 1960er-, 1970er-Jahre, die auch ein wesentlicher Nährboden grüner Bewegungen war.

Das Ideal der individuellen Selbstbehauptung («Ich zuerst») und das der nationalen Selbstbestimmung («Das eigene Volk zuerst») widersprechen sich nicht, sie gehen ineinander über und ergänzen sich. Das konsumorientierte Ideal der Selbstverwirklichung («Ich bin einzigartig – deshalb habe ich Anspruch auf alles») wird hier ausgedehnt auf die kollektive Eigentümerschaft an einer einzigartigen Nationalkultur und Nationalidentität. Durch die Verfassung garantierte Rechte wie die Meinungsfreiheit, die Trennung von Kirche und Staat, die Gleichberechtigung der Geschlechter und der sexuellen Orientierungen werden hierbei nationalisiert und als kulturelle Munition gegen «rückständige» Kulturen wie einen orthodoxen Islam ins Feld geführt. Diese Absolutsetzung und Nationalisierung des Individualismus führt sehr leicht zu allzu simplen Gegensatzpaaren wie wir/sie, weiß/schwarz und gut/schlecht – und dient dazu, Sündenböcke und Feindbilder zu kultivieren: Religionsfreiheit? Ja! – aber nicht für Moslems; Meinungsfreiheit? Ja! – aber ein Verbot des Koran; Frauen- und Schwulenrechte? Ja – aber in erster Linie, um unsere kulturelle «Eigenheit» zu verteidigen und auf Moslems, die diese Rechte ablehnen, einschlagen zu können.

Auf diese Weise zeigt der neue Populismus das krasse kulturelle Dilemma auf, in dem wir uns gegenwärtig befinden. Es demonstriert, dass unsere individualistischen, liberal-demokratischen Ideale sich auch in ihr Gegenteil verkehren lassen, wenn es uns nicht gelingt, sie zu zügeln und zu beherrschen. Wie können wir einem solchen ichbezogenen, fremdenfeindlichen, andere Menschen ausschließenden «nationalen Individualismus» begegnen? Wie lässt sich ein alternativer, grüner, sozialer und kosmopolitischer Individualismus profilieren? Für den Anfang könnten wir eine positive «schwache Identität» als Herzstück unserer demokratischen Kultur verteidigen. Nicht eine überlegene Gewissheit der «eigenen» unverrückbaren kulturellen Werte, sondern eine ungewisse Vorstellung davon, was die Nation ausmacht, könnte der Ausgangspunkt dafür sein, sowohl «fremde» Kulturen in «unsere eigene» zu integrieren, als auch dafür, «unsere» Kultur in ein europäisches Gemeinwesen und in die Welt zu integrieren. ■■■

Übersetzung: Bernd Herrmann

\* Die Langfassung dieses Artikels ist abgedruckt in: «Populisme in Europe», Wien 2011, hrsg. von Erica Meijers. Teile von Erica Meijers` Einführung wurden von Dick Pels übernommen. Das Buch erscheint im Frühjahr 2012 auf Deutsch im Planet Verlag, hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung und GEF.



**Dick Pels** Direktor des Forschungsinstituts De Helling der Grünen Partei der Niederlande. Er hat mehrere Bücher über das Phänomen des niederländischen Rechtspopulismus geschrieben, darunter: «The people does not exist: Leadership and populism in media democracy» (2011).

Foto: Rademaker/Hollands Hoogte/laif

#### GRIECHENLAND ★1981

○ = EU-Durchschnitt

Arbeitslosigkeit  
März 2011



Jugendarbeitslosigkeit  
März 2011



Wachstumsrate BIP  
2009/2010



Staatsverschuldung (% des BIP)  
2009/2010



# Aus Asien, aus der Türkei, den USA und der arabischen Welt schaut man auf Europa

## MIT ERWARTUNGEN UND HOFFNUNGEN, ABER AUCH MIT ERNÜCHTERUNG UND NEUEM SELBSTBEWUSSTSEIN

### Aus Singapur

VOLKER H. SCHMIDT

**K**önnte eine wachsende Integration der Europäischen Union zu einer Föderation à la Vereinigte Staaten von Europa den Abstieg der «alten Welt» aufhalten? Das scheint mir, soweit es um die relativen Gewichtsverhältnisse geht, wenig wahrscheinlich. Denn selbst ein solches Gebilde hätte bei größtmöglichem Erfolg, innerem Zusammenhalt und politischem Steuerungsvermögen kaum Einfluss auf die seit langem in Gang befindliche, aber bis vor kurzem weithin unbemerkte Verschiebung der Gravitationszentren wirtschaftlicher, politischer und letztlich wohl auch kultureller Macht von West nach Ost und Süd.

Die Gründe für diese Verschiebung, die das Ende der Epoche westlicher Vorherrschaft markiert (an der Europa nach dem Zweiten Weltkrieg ohnehin nur noch in der Rolle eines Juniorpartners partizipierte) sind tiefer liegender, struktureller Natur und werden durch das institutionelle Design der EU gar nicht berührt. Der Aufstieg der «Anderen» verdankt sich einem im Vergleich zur historischen Erfahrung Europas dramatisch beschleunigten Modernisierungsprozess, der den Entwicklungsabstand wachsender Teile der (ehemaligen) Peripherie zu den ehemaligen Zentren im Norden kontinuierlich verringert. In einzelnen Entwicklungsdimensionen hat der Westen seine globale Führungsrolle bereits eingebüßt und andere setzen nun die Standards. Dieser Modernisierungsprozess, mithin auch das Wachstum der relativen Einflussgewichte außereuropäischer Akteure, wird sich aller Voraussicht nach fortsetzen. Insoweit kann es für Europa also nur nach unten gehen.

Das muss, auch für Europa, keine Katastrophe sein, verändert aber die Umweltbedingungen, mit denen europäische Akteure sich bei der Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse konfrontiert sehen: Die *policy makers* der Vergangenheit, die anderen das Geschehen diktieren, werden mehr und mehr zu *policy takers*, die sich mit

Entscheidungen Dritter zu arrangieren haben, die sie zwar betreffen, aber jenseits ihrer Kontrolle liegen. Unter diesem Aspekt dürfte die institutionelle Gestalt Europas allerdings einen Unterschied machen und letztlich darüber entscheiden, ob der Kontinent sich künftig überhaupt noch Gehör verschaffen kann. Seine geografische Lage am äußersten westlichen Zipfel der eurasischen Landmasse scheint da durchaus symbolträchtig. Von Asien aus betrachtet wirkt Europa ziemlich – nun ja, randständig.

Wenn ich mich nicht täusche, dann spiegelt dieser Eindruck auch zunehmend die Sicht der tonangebenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten (Ost-)Asiens auf Europa wider. Man würdigt, angesichts der bis heute offenen Wunde der Kolonialisierungserfahrung nie frei von Ambivalenz, die Rolle Europas bei der Erfindung moderner sozialer Arrangements, anerkennt die Leistungsstärke, Innovationskraft, teilweise auch Vorbildrolle bestimmter europäischer Unternehmen und Institutionen. Speziell in Südostasien wird die EU aufmerksam verfolgt, nicht zuletzt, weil davon Lerngelegenheiten für den einstweilen noch sehr viel lockeren Verbund der Asean-Staaten erwartet werden. Aber im Großen und Ganzen hält man Europa für einen Kontinent der Vergangenheit, von dem nennenswerte Impulse für die Zukunft nicht mehr zu erwarten sind: zu klein, zu rückwärtsgewandt, zu parochial.

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise ruft bittere Erinnerungen an die Selbstgerechtigkeit wach, mit der der von einem Europäer geleitete IWF den seinerzeit besonders stark betroffenen Staaten der asiatischen Finanzkrise von 1997 ein rigides Sparprogramm verordnete, wie die Europäer es sich im Angesicht einer womöglich viel dramatischeren Krise selbst kaum aufzuerlegen bereit sind. Schadenfreude will trotzdem nicht aufkommen, zumal keineswegs sicher ist, dass die von Europa und Nordamerika ausgehende Krise am Ende nicht auch Asien noch mit Wucht trifft. Man weiß um die vielen schwerwiegenden Probleme, Defizite und Hypotheken, mit denen die Europäer sehenden Auges ihre eigene und die Zukunft anderer belastet haben und weiter belasten, wundert sich aber über den offenbar unausrottbaren Hang zur Besserwissererei, mit der sie den Rest der Welt überziehen.



Ein Problem, das sich speziell aus meiner Sicht als Sozialwissenschaftler aufdrängt, ist die Neigung zur (akademischen) Selbstspiegelung. Europa hält sich augenscheinlich weiter für den Nabel der Welt und beschäftigt sich daher vorrangig mit sich selbst – die Welt jenseits «des» Westens kommt in seinen Diskursen und Curricula kaum vor und ist (abgesehen von Nordamerika) weitgehend *terra incognita*. Das könnte sich rächen, denn es verleitet dazu, die Bedeutung der genannten Entwicklungen zu unter- und die eigenen Stärken zu überschätzen.



**Volker H. Schmidt** ist Professor für Soziologie an der National University in Singapur.

## Vom Bosphorus

JOOST LAGENDIJK

**Z**weifellos hat seit Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei die Begeisterung sowohl in der EU als auch in der Türkei beträchtlich nachgelassen. Die Gründe sind bekannt: das ungelöste Zypernproblem, die Wirtschaftskrise in der EU und der sich in der Türkei zunehmend verfestigende Eindruck, die EU sei nicht mehr ernsthaft an ihr interessiert. Trotz dieser verbreiteten Skepsis zeigen mehrere Umfragen wie etwa der Transatlantic Trends Survey 2011 des German Marshall Fund, dass in der Türkei die öffentliche Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft keineswegs dramatisch nachgelassen hat. Rund 50 Prozent aller Türken sprechen sich nach wie vor für den Beitritt aus. Ihrer Meinung nach wirke sich eine EU-Mitgliedschaft vorteilhaft auf die türkische Wirtschaft aus, und der Beitritt zur EU biete die beste Gewähr dafür, dass die Türkei ein säkularer Staat bleibt und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden.

Trotz dieser kontinuierlichen Befürwortung der EU-Mitgliedschaft haben die aktuellen Probleme der Eurozone und das starke, seit 2002 anhaltende türkische Wirtschaftswachstum viele Türken zum Schluss verleitet, ihr Land solle das Augenmerk von Europa weg auf die Länder im Osten und Süden richten. Ministerpräsident Erdogan lässt dabei keine Gelegenheit aus zu erklären, dass die EU offenkundig stärker auf die Türkei angewiesen sei als umgekehrt.

Doch den meisten Beobachtern und Regierungsmitgliedern ist bewusst, dass die EU für die Türkei wirtschaftlich nach wie vor von entscheidender Bedeutung ist. In den Jahren 2008 – 2010 entfielen 42 Prozent des türkischen Außenhandels auf die EU und nur 11 Prozent auf die arabische Welt. Im gleichen Zeitraum kamen 76 Prozent aller ausländischen Direktinvestitionen in der Türkei aus den Mitgliedsstaaten der EU und 8 Prozent aus den Golfstaaten.

Dass die Türkei und ihre Regierungspartei in den meisten postrevolutionären Ländern der arabischen Welt als Vorbild oder zumindest als inspirierendes Beispiel gesehen werden, wird bisweilen übertrieben, trifft im Kern aber zu. Den arabischen Demokraten

und Reformern imponieren die boomende Wirtschaft, der von postislamistischen Konservativen regierte säkulare Staat und – bei allen Defiziten – die persönlichen Freiheiten der türkischen Bürgerinnen und Bürger. Ihr neues Ansehen in der Region erfüllt die Türken mit Selbstbewusstsein. Die EU hat dies verstanden und Pläne vorgelegt, wie die Türkei und die EU gemeinsam die jungen arabischen Demokratien auf ihrem Weg unterstützen können. Wenn der Plan aufgeht, könnte dies die Skeptiker auf beiden Seiten davon überzeugen, dass die Türkei und die EU zusammen besser in der Lage sind, auf die Entwicklungen in ihrer gemeinsamen Nachbarschaft Einfluss zu nehmen.

Eine Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der EU in Nordafrika und auf dem Balkan ist vielleicht die beste Möglichkeit, neues Vertrauen zu schaffen. In der nächsten Zeit ist wenig Bewegung bei den Beitrittsverhandlungen zu erwarten. Im günstigsten Falle könnten sich nach den Wahlen in Frankreich (2012) und Deutschland (2013) die politischen Gewichte innerhalb der EU zugunsten der Türkei verschieben. Dabei würde die oben skizzierte Zusammenarbeit beiden Partnern die Chance eröffnen, ihren Beziehungen neues Leben einzuhauchen und sich die starken wirtschaftlichen, kulturellen und strategischen Bande bewusst zu machen, die die Türkei nach wie vor an den Rest Europas binden.

Übersetzung: Andreas Bredenfeld



**Joost Lagendijk** ist seit 2009 Senior Advisor am Istanbul Policy Center, dem Thinktank der Sabanci Universität in Istanbul. 1998–2009 war er Mitglied des Europaparlaments für die niederländischen Grünen.

## Aus Kiew

SERGIJ SOLODKIJ

**W**enn es die Europäische Union nicht gäbe, müsste man sie erfinden. Zumindest die Länder, die sich auf der Suche nach ihrem Entwicklungsweg im Gestrüpp der Möglichkeiten verfangen haben, sind auf die EU angewiesen. Die EU hat den ganzen Kontinent verändert, und dieser Veränderungsprozess wird sich fortsetzen. Mitteleuropäische Länder haben sich den Werten der EU ebenso angeschlossen wie die drei baltischen Staaten, die früher zur Sowjetunion gehörten. Die EU hat jetzt die Aufgabe, sich selbst zu retten und darüber hinaus weiteren Ländern zu helfen, die solch rettender Hilfe bedürfen.

Die Ukraine klopft schon seit langem ans Tor der Europäischen Union. Zu befriedigenden Ergebnissen hat dies zwar noch nicht geführt, doch die Dinge stehen nicht durch und durch schlecht. Vergleichen wir einmal Weißrussland, das nicht der EU beitreten will, und die Ukraine, die immer wieder ihren Beitrittswunsch äußert. Weißrussland ist in den Totalitarismus abgeglitten. Auch in der Ukraine gibt es viele Kräfte, die ein autoritäres System installieren wollen, aber ihnen stehen als starkes Gegengewicht Aktivisten

gegenüber, die das Land in die EU bringen wollen. Die Hälfte der ukrainischen Bevölkerung spricht sich regelmäßig für eine EU-Mitgliedschaft ihres Landes aus. Das ist der Grund, warum die ukrainische Demokratie nicht untergegangen ist.

Präsident Viktor Janukowitsch, dem oft ein heuchlerischer Umgang mit demokratischen Werten vorgeworfen wird, betont in einem fort, dass der EU-Beitritt das oberste Ziel ukrainischer Außenpolitik ist. Darum greift er auch Empfehlungen auf, welche Repräsentanten der EU ihm geben, und deshalb suchen ukrainische Diplomaten und Politiker aktiv das Gespräch mit Vertretern verschiedenster EU-Institutionen. Früher oder später wird dies zu Ergebnissen führen, früher oder später wird die Ukraine zu einem demokratischen, marktwirtschaftlichen Land, in dem Menschenrechte nicht bloß Worthülsen sind. Früher oder später wird die Ukraine Teil der EU sein.

Die EU stellt eine echte und inspirierende Erfolgsgeschichte dar, doch immer mal wieder scheint ihr Überleben in Frage zu stehen. Vor 20 Jahren war man der Meinung, so viele Länder könnten unmöglich ihr Handeln im Rahmen einer Allianz koordinieren. Später bangte man wegen der schwerfälligen Bürokratie um die Handlungsfähigkeit der EU. Dann waren viele überzeugt, dass die Einführung einer gemeinsamen Währung zu ihrem Zusammenbruch führen werde. Derzeit debattiert die Fachwelt die Möglichkeit, dass die Union an der Finanz- und Wirtschaftskrise zugrunde gehen könnte.

Diesen Skeptikern sollten wir mit einigem Zweifel begegnen. Dabei bedürfen wir des Euroskeptizismus genauso wie der Euroromantik. Die Skeptiker sorgen dafür, dass das europäische Projekt immer weiter verbessert wird, während die Romantiker dafür sorgen, dass die europäische Idee – Menschenrechte, Demokratie, Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit – ihre Anziehungskraft entfaltet.

Das Überleben der Europäischen Union hängt von dem Maß ab, mit dem die Nationalregierungen ihre Souveränität mit den gemeinschaftlichen EU-Institutionen teilen. Eine starke EU setzt voraus, dass die zentralen Exekutivinstitutionen effektiv arbeiten und eine Politik der Diversität gewahrt bleibt. Der Erweiterungsprozess sollte ein vorrangiges Anliegen der EU sein – ein Erweiterungsstopp machte die Träume der Menschen zunichte, die an die EU glauben. Eine Absage an den Erweiterungsprozess würde eine Schwächung der EU bedeuten und den Zusammenbruch der europäischen Idee – Verbreitung von Wohlstand und Frieden auf dem Kontinent – einläuten. Käme dieser Prozess zum Stillstand, bedeutete dies das Ende der EU.

Übersetzung: Andreas Bredenfeld



**Sergij Solodkij** ist erster stellvertretender Direktor des Institute of World Policy in Kiew. Davor hat er zehn Jahre als Redakteur für internationale Politik in verschiedenen ukrainischen Medien gearbeitet.

## Aus Washington

DANIEL HAMILTON

**V**or der Europäischen Union liegt bestenfalls ein Jahrzehnt, in dem sie sich in einer zunehmend wettbewerbsorientierten und eng verzahnten Welt so aufstellen kann, dass sie auch weiter floriert. Tut sie das nicht, könnten die entstehenden Spannungen die Grundlagen der Union in Frage stellen. Die jetzige Finanzkrise ist der Punkt, an dem sich entscheidet, ob Europa einen Anlauf macht, ein stärker auf Wettbewerb ausgerichteter Kontinent zu werden, oder ob es hinter den aufstrebenden und dynamischeren Mächten entscheidend zurückfällt.

Europa hat beträchtliche Stärken. Es ist ein international führender Handelspartner und Investor. Der Kontinent gehört zu den am besten vernetzten Gebieten weltweit, er ist vermögend, hat viele innovative Bereiche, hochqualifizierte Menschen. Für fast alle anderen Teile der Welt ist Europa entweder der wichtigste oder aber einer der wichtigsten Handelspartner. Innerhalb der G20 allerdings verliert Europa an Boden. Es versäumt, sich auf einigen Schlüsselmärkten neu aufzustellen, es hat erhebliche finanzielle Turbulenzen durchgemacht, leidet unter anhaltend niedrigem Wachstum, ist stark auf Energieimporte angewiesen und zieht vor allem ungelernete Arbeitskräfte an, obgleich es doch – mit seiner alternden und schrumpfenden Bevölkerung – dringend der beständigen Zuwanderung qualifizierter Kräfte bedürfte. Am wichtigsten aber: Die EU ist kein kohärenter Mitbewerber, sondern eine oft dilettantisch agierende Solidargemeinschaft.

An fünf Dingen muss unmittelbar und nachhaltig gearbeitet werden:

- Das Wichtigste zuerst: Stabilisiert den Euro und kriegt den Aufschwung richtig hin! Deutschland steht an einer historischen Weggabelung im Verhältnis zu seinen europäischen Partnern. Es kann zulassen, dass Europa zerfällt – oder es kann sich an die Spitze einer vertieften Einigung stellen, wozu die Koppelung der Währungsunion an eine finanzpolitische Union gehört. Wenn die eigenen Menschen nicht sehen, dass ihnen die EU etwas bringt, wird das europäische Modell in der globalisierten Welt irrelevant werden.
- Vollendet den europäischen Binnenmarkt. Der Binnenmarkt ist das Fundament der europäischen Einigung und das wirksamste Werkzeug der EU, den Herausforderungen einer von den G20 dominierten Welt zu begegnen. Den europäischen Binnenmarkt zu vollenden könnte Wachstumsraten von etwa vier Prozent für die nächsten zehn Jahre bedeuten. Das würde Deutschland und seinen Partnern eine stärkere geoökonomische Ausgangsposition in einer Welt bescheren, in der andere Mächte die Größe eines Kontinents haben.
- Kappt die Bindung zwischen der Schaffung von Wohlstand und dem Verbrauch von Rohstoffen. Die EU sollte sich an die Spitze des Übergangs zu kohlenstoffarmem Wirtschaften stellen und sich selbst zum Modell für Energieeffizienz und Innovation machen. Das ist weder einfach noch schnell zu

haben. Die EU hat aber sowohl die Fähigkeit als auch die Neigung, den großen Ausstieg aus den fossilen Energien anzuführen.

- Erneuert! Der Wettbewerbsvorteil der EU beruht mehr und mehr auf ihrer wissensbasierten Wirtschaftsform. Die Union muss Unternehmerinnen und Unternehmer ermutigen, stärker auf gesellschaftliche Neuerung setzen, die Möglichkeiten für eine ständige Weiterentwicklung von Fähigkeiten erweitern und weltweite Innovationsnetzwerke stärken.
- Power to the people! Die EU muss das Potenzial ihrer Bürgerinnen und Bürger nutzen, um den demografischen Herausforderungen zu begegnen, ihr soziales Modell aufrechtzuerhalten und die Fähigkeiten für eine wissensbasierte Ökonomie zu fördern. Mit einer pan-europäischen Strategie der Talentsuche muss die EU qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland anziehen, die Freizügigkeit garantieren, Verbindungen zwischen Ausbildung und Wirtschaft unterstützen, den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern, die Ausbildung in Schlüsseltechnologien vorantreiben und generell die Qualifizierung ankurbeln.

Übersetzung: Bernd Herrmann



**Daniel Hamilton** leitet das Center for Transatlantic Relations an der Johns Hopkins University in Washington DC.

## Aus Beirut

MOHAMMAD ALI-ATASSI

**A**ls politisches, wirtschaftliches und kulturelles Projekt ist Europa auch Hoffnungsträger für die Staaten südlich des Mittelmeeres, bedeuten doch der Erfolg und das Aufblühen dieses Projekts ein Mehr an Zusammenarbeit, wirtschaftlichem Austausch und Stabilität in der Region. Hoffnungsträger auch deshalb, weil es als attraktives Beispiel für die Staaten der arabischen Welt dienen kann, die untereinander durch gemeinsame Kultur, Sprache und Interessen verbunden sind. Hoffnungsträger, weil die großen arabischen und muslimischen Gemeinschaften in den meisten europäischen Ländern den Süden der Mittelmeerregion zu einem Teil Europas gemacht haben. Hoffnungsträger aber auch, weil das Schicksal der islamischen Kultur und Religion nicht mehr nur mit den Staaten der islamischen Welt verknüpft ist, sondern inzwischen auch von der Entwicklung, der Anpassung und der Integration der muslimischen Gemeinschaften innerhalb Europas abhängt. Hoffnungsträger, weil der europäische Islam zur faktischen Realität geworden ist, auch wenn das so mancher auf beiden Seiten des Mittelmeeres nicht wahrhaben will.

Europa als entstehende politische und wirtschaftliche Einheit versucht, Brücken der Kommunikation, des Austauschs und des Dialogs zu einer Reihe wirtschaftlich aufstrebender Staaten in der Welt zu bauen. Gleichzeitig dominiert eine Politik von Mauern, Stacheldrahtverhauen und der verstärkten Grenzpatrouillen noch immer seine Beziehungen zu den Ländern am südlichen Rand des Mittelmeeres. Seit dem Gipfel von Barcelona 2002 und der Partnerschaft für das Mittelmeer richtete die EU das Augenmerk auf die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich, in der Terrorismusbekämpfung und der Eindämmung illegaler Einwanderung. Das ging auf Kosten der Achtung der Menschenrechtsstandards, des Drucks zu politischen Reformen, des Kampfes gegen Korruption und der Förderung des kulturellen und wissenschaftlichen Austauschs.

Es ist mir nie eingefallen, vielleicht hatte ich auch nie die Gelegenheit, die französische oder deutsche Staatsangehörigkeit zu beantragen, ganz abgesehen von der Frage, inwieweit ich die dafür erforderlichen Bedingungen überhaupt erfüllt hätte, solange ich eine Art Fremdheit gegenüber den verwurzelten nationalen Identitäten spürte, aus denen solche Staatsangehörigkeiten entstehen. Soweit ich mich überhaupt zu einer hingezogen fühle, ist es die noch fiktive «europäische Staatsangehörigkeit». Ich weiß nicht, ob dieser europäische Weg letztlich zur Schaffung einer solchen gemeinsamen europäischen Staatsangehörigkeit mit einem gemeinsamen Pass führen wird, sollte dies aber der Fall sein, werde ich sicher ernsthaft darüber nachdenken, sie zu beantragen, und sei es nur deshalb, weil wir bei uns zu Hause an der Südküste des Mittelmeeres bereits ein kleines, schönes Europa haben.

Übersetzung: Gert Himmler



**Mohammad Ali al-Atassi** ist Dokumentarfilmer und Journalist.



Seit Ausbruch der Schuldenkrise wurden gigantische Geldbeträge mobilisiert, doch eine realistische Strategie ist noch immer nicht erkennbar. Stattdessen werden die langfristigen Risiken dieser Politik selbst zum Unruhefaktor.

## Um die Krise zu bewältigen, müssen wir aufhören, sie zu instrumentalisieren

VON RAINER EMSCHERMANN



eine Ursache für das unkontrollierte Anwachsen der öffentlichen und privaten Schuldenblasen? Eurobonds sind nicht der Königsweg aus der Krise, sondern ein Taschenspielertrick. Ihr Liquiditätsvorteil bleibt klein, während das Länderrisiko nur umverteilt wird. Den Vorteilen stehen zudem Verluste für den rein nationalen Schuldenteil entgegen. Letztlich entscheidend ist aber die Lebenserfahrung – untermauert durch die Entwicklungen in Griechenland und Italien im letzten Jahr –, dass geteilte Verantwortung die des Einzelnen verwässert. Über die Missachtung dieses Prinzips ist schon einmal eine Europäische Kommission gestürzt.

Aber bedeutet die Alternative zum «Weiter so» nicht den Zusammenbruch des Euro, ja gar das Ende der EU? Gegen diese herrschende Panikmache nehmen sich die Äußerungen Philipp Röslers zu Griechenland harmlos aus. Die Märkte haben ja Recht behalten, das Land ist ohne EU-Hilfen zahlungsunfähig. Verzinsung und Rückzahlung der Staatsschulden an ausländische Gläubiger würden über viele Jahre wie Blei an der griechischen Konjunktur kleben und eine ganze Generation von Griechen um ihre Zukunft betrügen. Eine offizielle Pleite und der darauf folgende Neuanfang sollten lieber eher als später kommen, die Europäische Union und der Euro werden es überleben.

### Feuerschneise gegen einen Zahlungsausfall Griechenlands

Äußerungen der Bundeskanzlerin, in Griechenland ginge es um den Bestand des Euro und gar der EU, unterstellen eine Ansteckungsgefahr. Das ist unverantwortlich, denn Spanien, Portugal und Irland sind keineswegs pleite, und es gilt, diesen Unterschied herauszustellen. Wir brauchen eine «Feuerschneise» gegen einen Zahlungsausfall Griechenlands.

Die Strategie der gegenwärtigen Politik lautet «weiter so» und ist im Kern die Fortschreibung alter Lebenslügen: Deren erste ist die europäische «Finanz- und Wirtschaftsregierung», also die Fortschreibung des gescheiterten Stabilitätspaktes. Selbst ein Sanktionsautomatismus bliebe ein zahnlöser Tiger. Ein Beispiel ist die deutsche Schuldenbremse: Ein erheblicher Teil öffentlicher Schulden (Rentenanprüche, Bankenrettungsfonds etc.) wird hierzulande nicht erfasst; anderswo wird dies nicht anders sein. In Südeuropa steht «europäische Wirtschaftsregierung» zudem für «teutonisches Spardiktat». Und ist ein griechisches Mitspracherecht über die deutsche Haushaltspolitik überhaupt vermittelbar? Solche Überlegungen verkennen den Spielraum europäischer Integration, deren Wesen eben vom Nationalstaat zu unterscheiden ist.

Die zweite Lebenslüge lautet «Eurobonds» und fordert geringere Zinsen für hochverschuldete Länder. Doch waren nicht zu niedrige Zinsen gerade

↑ Proteste vor der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main im Rahmen der internationalen «Occupy Wallstreet»-Bewegung, Oktober 2011.

Foto: dpa

### PORTUGAL ★1986

○ = EU-Durchschnitt

Arbeitslosigkeit  
Juli 2011



Jugend Arbeitslosigkeit  
Juli 2011



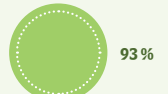
Wachstumsrate BIP  
2009/2010

-2,5%



Staatsverschuldung (% des BIP)  
2009/2010

83%



•  
**EUROPA DARF NICHT  
 VOM DAUERHAFTEN  
 KONSENSWILLEN  
 ABHÄNGIG WERDEN,  
 SONDERN MUSS  
 AUSREICHEND  
 ROBUST KONSTRU-  
 IERT SEIN.**  
 •



**Rainer Emschermann** arbeitet im Türkei-Referat der Generaldirektion Erweiterung der Europäischen Kommission. Im Kabinett der grünen EU-Haushaltskommissarin Michaela Schreyer war er zuständig für Außenpolitik und EU-Eigenmittel. Der Artikel gibt ausschließlich die persönliche Meinung des Autors wieder.

Finanzmärkte sind Zukunftsmärkte. Maßnahmen, die heute getroffen werden, um die langfristige Solidität von Staatsfinanzen zu verbessern, haben unmittelbare Auswirkungen auf die Bonität der Schuldner. Lettland, das durch die Bindung seiner Währung an den Euro 2008 in einer ähnlichen Lage war wie heute Südeuropa, hat gezeigt, dass eine interne Abwertung und eine schnelle Wiederherstellung des Marktvertrauens möglich sind. Zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen sind Teil eins der Feuerschneise.

Teil zwei ist die sofortige Rekapitalisierung der Banken. Sie würde im Fall eines teilweisen Zahlungsausfalls eines oder mehrerer Staaten nicht nur die Ansteckungsgefahr über den Bankensektor verringern, sondern sowohl die Privaten in die Pflicht nehmen als auch Sicherheiten für die öffentliche Hand erwerben. In Ländern ohne ausreichende private oder öffentliche Mittel könnten die bestehenden Rettungsfonds genutzt werden, die somit erstmals Sicherheiten erhielten.

Diese Idee ist nicht neu, auch die Bankenrettung nach der amerikanischen Krise war ja eine Rekapitalisierung. Nun haben die Ökonomen Hau und Lucke erstmals die Kosten eines südeuropäischen Zahlungsausfalls geschätzt (FAZ, 16.9.2011). Das Ergebnis überrascht nicht: Eine Rekapitalisierung kostet einen Bruchteil der Rettungsschirme, selbst bei Ansteckung Spaniens und Italiens. Sie sollte präventiv und allgemein beschlossen werden. Die Berechnungen schließen zwar nicht die Ausfälle bei Versicherungen und Rettungsfonds mit ein, da eine substanzielle Rekapitalisierung jedoch geeignet wäre, eine Marktpanik zu begrenzen, ist das Ansteckungsszenario nur ein Extremfall.

Schließlich sollte über die kurzfristigen Rettungsmaßnahmen nicht die langfristige Marktarchitektur vergessen werden, um die Wiederholung ungebremster Schuldenakkumulation zu verhindern. So sollten Staatsanleihen kein Geschäftsmodell für Banken sein, doch gelten für sie weiterhin bevorzugte Eigenkapitalregeln. Ihre Abschaffung oder Kappung fordert Daniel Gros (CEPS). Daneben sollte auch die EZB ihre Möglichkeiten für länderspezifische Kreditbremsen ausreizen.

**Unheilige Interessensallianz**

Die geschilderte Strategie beinhaltet natürlich auch Unwägbarkeiten, und eine risikoaverse Gesellschaft ist ihnen abhold. Aber das Risiko der Staats-Bail-Outs ist schon mittelfristig viel höher. Ginge es darum, Zeit zur Vorbereitung einer kontrollierten Insolvenz zu gewinnen, sähen wir eiligere Konsolidierungsanstrengungen bei den Mitgliedsstaaten. Der bisherige Verlauf der Krise suggeriert stattdessen eine unheilige Interessensallianz.

Seit Ausbruch der Krise haben die Privaten einen Großteil ihrer Risiken auf die EZB und die öffentliche Hand abwälzen können. Die Politik macht sich dabei zum Zwangsvollstrecker an souveränen Schuldner. Auch in anderer Hinsicht ist die Bundesregierung schamlos bankenfreundlich: Eine Trennung von Investment- und Geschäftsbanking ist vom Tisch, und Deutschland bremst bei der Erhöhung der Eigenkapitalquoten. Das Ausmaß des Einflusses der Banken auf die deutsche Politik lässt die dagegen opponierenden liberalen deutschen Ökonomen wie die Erste Internationale erscheinen.

Die Bankenrettung von 2008 zu wiederholen war 2010 unpopulär; daher kam das – sachlich kaum zu rechtfertigende – Paradigma von der «Eurokrise» gerade recht, da man so das politische Kapital Europas für einen ähnlichen Zweck beleihen konnte. Präsident Sarkozy war diese Logik nur recht: Mit Großbritannien im Boot hätte es einen vergleichbaren Bail-Out nie gegeben und sein Wahlkampf wäre von der Bankenrettung überschattet worden. Umgekehrt war es der britischen Politik natürlich recht, die Rettung eigener Banken der Eurozone zu überlassen.

**Europa darf nicht zur Ideologie verkommen**

In naiver Unterschätzung der Situation glaubten auch viele Integrationisten und Linke, aus der Krise politisches Kapital schlagen zu können. Dass einige nun gar von einer «guten» Krise sprechen, weil sie Chancen für europa- und steuerpolitische Ziele bietet, zeigt die Geschmacklosigkeit einer ideologisierten Debatte. Verantwortung für Europa bedeutet zwar auch, neue Wege aufzuzeigen, aber unter den Bedingungen der Kunst des Möglichen. Europa darf nicht von dauerhaftem Konsenswillen abhängig werden, sondern muss ausreichend robust konstruiert sein, um auch unter widrigen Umständen funktionieren zu können. Wer dies ignoriert, spielt mit der EU Vabanque. Wem hingegen Europa wirklich am Herzen liegt, dem geht es um die Erhaltung der gesellschaftlichen Mehrheitsfähigkeit der EU.

Man wolle das «Primat der Politik über die Wirtschaft» wiederherstellen, wird oft behauptet. Das rechtfertigt ein Verbot von Leerverkäufen, nicht aber das bisherige Management der Schuldenkrise. «As time goes by, the fundamental things apply», heißt es im Film «Casablanca». Im Kräfteressen mit den ökonomischen Realitäten hat bisher jede Ideologie den Kürzeren gezogen. ■■■

**SPANIEN**  
 ★1986

○ = EU-Durchschnitt

Arbeitslosigkeit  
 Juli 2011



Jugendarbeitslosigkeit  
 Juli 2011



Wachstumsrate BIP  
 2009/2010



Staatsverschuldung (% des BIP)  
 2009/2010



Seit langem fordert Attac die Einführung der Tobinsteuer. Nun rückt diese zumindest in der Europäischen Union in greifbare Nähe.

## Auf der Zielgeraden: DIE FINANZTRANSAKTIONSSTEUER

VON SVEN GIEGOLD

Unter dem Druck leerer Staatskassen und offensichtlich ungerechter Lastenverteilung der Finanzkrise steigen die Chancen zur Einführung der Finanztransaktionssteuer (FTT) immer weiter. Die Ränge der Gegner und Zauderer lichten sich.

Die Idee zur Beruhigung des Finanzkasinos über eine Steuer findet sich schon bei Keynes und kam in anderer Form durch Wirtschaftsnobelpreisträger Tobin ab 1972 wieder in die Diskussion. Seit 1997 ist die Steuer eine Kernforderung der Organisation Attac, die ursprünglich sogar nach der «Taxe Tobin» benannt war.

Ernstliche Durchsetzungschancen eröffneten sich jedoch erst mit den zunehmend untragbaren Kosten der Finanzkrise. Immer mehr Vertreter und Vertreterinnen aus Politik, Ökonomie und Wirtschaft, auch Sparkassen und mittelständische Unternehmen sprechen sich seitdem für diese Steuer aus. Am 28. September legte die EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag zur Einführung der Steuer vor, nachdem sie sich lange dagegen gesträubt hatte.

Den Durchbruch brachte eine fraktionsübergreifende Mehrheit im Europaparlament, die die gesamte linke Mitte vereinte und die politische Rechte spaltete. Der Antrag für die FTT, der von fast allen deutschen Abgeordneten (außer der FDP) unterstützt wurde, war ein großer Erfolg. Gleichzeitig bewegte sich die deutsche CDU/CSU von einer FTT-skeptischen Position zu einer klaren Befürwortung. Dazu hat die breite zivilgesellschaftliche Kampagne «Steuer gegen Armut» unter Beteiligung der Kirchen entscheidend beigetragen.

Ebenso bewegte sich der französische Staatspräsident Sarkozy von einem zögerlichen Befürworter zum Unterstützer. Er entdeckte das Thema für die französische Präsidentschaft in der G20 sowie als Ausweis seiner sozialen Gesinnung während des französischen Präsidentschaftswahlkampfes. Freilich wusste er, dass die Chancen eines Konsenses in der G20 null sind, weil dies bereits vorher am Widerstand von USA, Kanada, Brasilien u. a. gescheitert war. Doch als die deutsche Bundeskanzlerin und vor allem auch ihr Finanzminister Schäuble die Steuer auch in der EU und sogar in der Eurozone als Vorreiter forderten, sah sich auch Sarkozy genötigt, die FTT ebenso auf europäischer Ebene zu unterstützen.

Die EU-Kommission werkelte derweil an einer Machbarkeitsstudie, deren Autoren der FTT ablehnend gegenüberstanden. Irgendwann wurden diese Aktivitäten in der «Generaldirektion Steuern» dem Kommissionspräsidenten Barroso angesichts des wachsenden politischen Drucks zu bunt, und er änderte den Kurs: Unter Einbeziehung von technischen Vorschlägen aus Frankreich und Deutsch-

land wurde nun nicht nur eine Studie, sondern gleich ein Vorschlag vorgelegt.

Danach soll die FTT mit einer breiten Bemessungsgrundlage in der ganzen EU eingeführt werden. Für Derivate soll der Steuersatz bei 0,01 Prozent liegen, bei Aktien, Anleihen usw. bei 0,1. Um die Verlagerung von Geschäften einzuschränken, will die Kommission das Sitzlandprinzip auf den Auftraggeber der Transaktionen anwenden. Es würden damit auch Transaktionen steuerpflichtig, die außerhalb der EU ausgeführt werden.

Großbritannien hat bereits Skepsis angedeutet, und Schweden will die Steuer nur unterstützen, wenn London auch dabei ist. Gleichzeitig leidet Großbritannien trotz hartem Sparkurs unter großen Haushaltslöchern. Es ist also gut möglich, dass das Land seine ablehnende Haltung noch ändert. Jedes Land der EU muss allerdings einer Steuer zustimmen, da in Steuerfragen im Rat leider Einstimmigkeit gilt. Sollte diese nicht erreicht werden, würde sich die Frage stellen, die Steuer nur in der Eurozone einzuführen. Frankreich und auch die Bundesregierung haben dazu schon Zustimmung signalisiert. Allerdings hat die FDP ihren Kurs in dieser Frage jüngst verschärft. Sie will die FTT nun nur noch, wenn sie in der ganzen EU eingeführt wird. Die Steuer wird damit zu einer weiteren roten Linie der FDP in Europafragen, die auch bisher eine kurze Halbwertszeit in der Krise hatten.

Streitpunkt ist zudem die Verwendung der milliardenschweren Einnahmen. Die EU-Kommission möchte das Geld zur Erhöhung der Eigenmittel der EU nutzen. Die Mitgliedsländer müssten dann weniger in den EU-Haushalt zahlen. Die NGOs, Kirchen und auch Frankreich und wir Grünen wollen das Geld für globale öffentliche Güter wie Klimaschutz und Armutsbekämpfung verwenden, zumindest zu großen Teilen. Das hätte einen großen Vorteil: Die Steuer wäre so leichter globalisierbar. Das Thema ist gut mit globalen UN-Konferenzen zu Klimaschutz, Rio+20 und Millennium-Entwicklungszielen zu verbinden. Gerade die Schwellenländer hätten einen größeren Anreiz, sich bei einer solchen Verwendung der Steuer zu beteiligen. Eine Koalition der Willigen könnte so weiter wachsen. ■■■



**Sven Giegold** ist seit 2009 EU-Abgeordneter der Grünen. Er ist Gründungsmitglied von Attac Deutschland und vom Tax Justice Network.

### FINNLAND

★1995

○ = EU-Durchschnitt

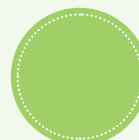
Arbeitslosigkeit  
Juli 2011



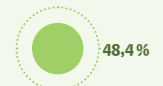
Jugend Arbeitslosigkeit  
Juli 2011



Wachstumsrate BIP  
2009/2010



Staatsverschuldung (% des BIP)  
2009/2010





Um der Arbeitslosigkeit zu entgehen, wandern immer mehr junge Leute aus Spanien, Griechenland, Bulgarien nach Kerneuropa – eine neue europäische Binnenwanderung.

# On the move

VON WOLFGANG GAISER & MARTINA GILLE

Die Überschuldung vieler EU-Länder, der Abbau von sozialstaatlichen Leistungen und die Krise der Arbeitsgesellschaft führen gerade bei jungen Menschen zu wachsenden Belastungen und Verunsicherungen. Seit Neuestem gehen viele Jugendliche auf die Straße, um Zukunftschancen einzuklagen: bezahlbaren Wohnraum, qualifizierte Arbeitsplätze, existenzsicherndes Einkommen. Manche demonstrieren, manche reagieren mit sozialem Rückzug. So kann europaweit ein deutlicher Anstieg depressiver Erkrankungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen festgestellt werden, wie jüngste Ergebnisse der Studie von Ulrich Wittchen (*Welt Online*, 6.11.2011) zeigen.

## Jugendproteste und Krise der Arbeitsmärkte

Das Ziel eines gelungenen Abschlusses der Jugendphase ist die ökonomische Selbständigkeit, die auf einer als sinnvoll empfundenen und sozial integrierenden Arbeit basiert und auf einem stabilen Einkommen, das auch weitere Schritte zur privaten Lebensplanung ermöglicht. Dass dies gelingt, ist die zentrale jugendpolitische Herausforderung in Europa. Die aktuellen Daten<sup>1</sup> verweisen auf Verschlechterungen: Die Jugendarbeitslosigkeit in den EU-Ländern ist zum Teil massiv gestiegen, darauf verweist das Statistische Bundesamt. Im Vereinigten Königreich (20,2 Prozent) hat sie um fast ein Drittel zugenommen. Am gravierendsten sind die Probleme in Spanien (46,2

Prozent) und Griechenland (38,5 Prozent): Hier hat deutlich mehr als ein Drittel der Jugendlichen keinen Job.

Arbeitslosigkeit trifft Jugendliche in Deutschland zwar im Vergleich mit den europäischen Nachbarn seltener, aber mit 9,5 Prozent liegt die Quote höher als bei der Gesamtbevölkerung und zudem sind sie zu 36,8 Prozent «atypisch» beschäftigt (befristete Arbeitsverhältnisse, Teilzeitarbeit bis zu 20 Stunden, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, Leiharbeit). Jugendproteste in Deutschland sind vergleichsweise wenig sichtbar, obwohl auch hier nach Daten des DJI-Survey AID:A («Aufwachsen in Deutschland»)<sup>2</sup> die politische Sensibilität und Aktionsbereitschaft zugenommen hat (Gaiser/Gille 2011)<sup>3</sup>.

## Mobilitätsbereitschaft

Viele Jugendliche und junge Erwachsene reagieren auf Arbeitslosigkeit mit der Erweiterung ihrer prospektiven Vorstellungen. 56 Prozent der jungen Menschen in Europa (im Alter von 15 bis 30 Jahren) können sich vorstellen, in einem anderen europäischen Land zu arbeiten, 28 Prozent für einen begrenzten Zeitraum, 25 Prozent für einen längeren Zeitraum (Flash Eurobarometer Survey «Youth on the Move»)<sup>4</sup>. In EU-Staaten mit besonders hoher Jugendarbeitslosigkeit ist die Bereitschaft besonders ausgeprägt. So können sich beispielsweise 27 Prozent der jungen Griechinnen und Griechen vorstellen, für

## ÖSTERREICH ★1995

 = EU-Durchschnitt

Arbeitslosigkeit  
Juli 2011

 3,7%


Jugendarbeitslosigkeit  
Juli 2011

 7,8%

Wachstumsrate BIP  
2009/2010

 -3,9%  2,1%

Staatsverschuldung (% des BIP)  
2009/2010

 69,6%  72,3%



↑ Zeltstadt der «Empörten» auf dem Puerta-del-Sol-Platz in Madrid, Juni 2011. Seit Mai kampieren hier Jugendliche neben dem Parlament und protestieren gegen die hohe Arbeitslosigkeit, gegen die Korruption und die enge Verflechtung von Politik und Banken.

einen begrenzten Zeitraum im Ausland zu arbeiten, 37 Prozent würden dies sogar langfristig tun.

Diese Bereitschaft wird auch von Lebensalter, Bildungsressourcen, Beschäftigungssituation und Wohnbedingungen beeinflusst. So sind Jüngere, die sich in der Ausbildung befinden, Jugendliche aus urbanen Lebensräumen, Arbeitslose und Höherqualifizierte offener für eine Arbeitsaufnahme im Ausland als Ältere, Vollerwerbstätige, Jugendliche aus ländlichen Räumen und Niedrigqualifizierte.

### Informationsprobleme

Der Informationsstand Jugendlicher und junger Erwachsener über den Aufbau und die Funktionsweise der EU sowie über die aktuellen Entwicklungen europäischer Politik ist eher niedrig (Eurobarometer 63, 2005). Sie selber schätzten ihr Wissen über die EU als gering ein: 28 Prozent geben an, viel zu wissen, 54 Prozent glauben, ein wenig zu wissen, und immerhin 17 Prozent gestehen ein, (fast) nichts über die EU zu wissen. Auch junge Deutsche fühlen sich über Europa nicht besser informiert als ihre Altersgenossen in den anderen EU-Mitgliedsländern. Insgesamt gilt: Je höher das Bildungsniveau sowie die Kenntnisse über die EU sind, desto höher fällt auch die Zustimmung zur EU aus und desto geringer ist der Anteil derjenigen, die sich indifferent zu dieser Frage äußern.



**Wolfgang Gaiser** ist Grundsatzreferent für Jugendforschung am Deutschen Jugendinstitut in München. Seine Schwerpunkte: Partizipationsforschung und europäische Vergleichsforschung.



**Martina Gille** ist wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut. Ihre Forschungsschwerpunkte: empirische Jugendforschung, Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener im Wandel.

Foto: AP Photo/Arturo Rodriguez

## SCHWEDEN ★1995

○ = EU-Durchschnitt

Arbeitslosigkeit  
Juli 2011



Jugendarbeitslosigkeit  
Juli 2011



Wachstumsrate BIP  
2009/2010



Staatsverschuldung (% des BIP)  
2009/2010





← «Occupy Wall Street»-Proteste in Barcelona im Oktober 2011. Die spanische Bewegung hat den Slogan aus New York übernommen: «Wir sind 99%», – aber das eine Prozent hat die Macht und das Geld.

**Ambivalente Bewertungen**

Die meisten jungen Menschen assoziieren die EU mit «Freiheit für Reise, Studium und Arbeit» – wobei in den zwölf neuen Mitgliedsstaaten im Vergleich zu den alten Mitgliedsstaaten die EU positiver gesehen wird, insbesondere auch als ein Mittel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation – wie Ergebnisse des Flash Eurobarometer 202 «Young Europeans» von 2007 zeigen.

- 90 Prozent betonen die persönliche «Freiheit für Reise, Studium und Arbeit» innerhalb der Gemeinschaft;
- 72 Prozent heben den Schutz von Bürgerrechten als positiv hervor;
- 71 Prozent erhoffen eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation.

Gleichzeitig jedoch werden auch negative Aspekte angesprochen:

- 40 Prozent sehen ein Zuviel an Bürokratie sowie eine Verschwendung von Zeit und Geld;
- 35 Prozent empfinden durch die EU eine Bedrohung der kulturellen Identität und Vielfalt. ■■■

1 Eurostat, letztes Update 1.9.2011  
 2 DJI Bulletin 79 «Jugend in Europa», 2/2007 (Download: [www.dji.de/cgi-bin/bulladmin/panel.php?sprache=D&demand=bull79\\_d](http://www.dji.de/cgi-bin/bulladmin/panel.php?sprache=D&demand=bull79_d))  
 3 Gaiser, Wolfgang/Gille, Martina/de Rijke, Johann (2011): Jugend in der Finanz- und Wirtschaftskrise. In: APuZ, 12/2011, EUROBAROMETER (sämtliche zitierte Studien unter: [http://europa.eu.int/comm/public\\_opinion/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/public_opinion/index_en.htm))  
 4 Download: [www.bpb.de/files/EPCQ28.pdf](http://www.bpb.de/files/EPCQ28.pdf)

**Der Ausweg aus der Krise?! – Spanische Ingenieure für Deutschland**

VON **SUSANNE RIEGER**

Seit die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel in Spanien Werbung für Deutschland als potenziellem Einwanderungsland für Ingenieure und gut ausgebildete Fachkräfte gemacht hat, ist ein regelrechter Boom bei den Sprachschulen und Goethe-Instituten im Land ausgebrochen. Die Sprachabteilungen der Goethe-Institute in Madrid und Barcelona verzeichnen einen Teilnehmeranstieg um 30-35 Prozent.nahmen in Madrid, wo das Goethe-Institut größere Räumlichkeiten hat als in Barcelona, 2010 ca. 4000 Menschen an Deutschkursen teil, so werden sich die Zahlen für das Kursjahr 2011/2012 auf ca. 5000 einpendeln.

Gleichzeitig geben beide Leiter der Sprachabteilungen an, dass sich das Profil der Kursteilnehmer deutlich verändert hat. Bislang frequentierten vorzugsweise Studierende die Kurse, die etwa im Rahmen eines Erasmusstipendiums eine Zeitlang nach Deutschland gehen wollten und vorher ihre Sprachkenntnisse aufbessern wollten. Jetzt kommen immer mehr Ingenieure und technische Fachkräfte, die aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation auf dem spanischen Arbeitsmarkt ihr Glück in Deutschland versuchen wollen. Auch in Spanien ist es die gut ausgebildete «Generation Praktikum», die auf der Suche nach einer festen Anstellung ihr Land verlässt.

In Madrid werden am Goethe-Institut wie auch bei der Deutschen Handelskammer bereits erste Überlegungen für spezielle Kurse für Techniker und Ingenieure angestellt. So soll den Auswanderern gleichzeitig mit dem nötigen sprachlichen Fachvokabular konkretes interkulturelles Wissen vermittelt werden. Das Ziel: den Anfang in Deutschland zu erleichtern.



**Susanne Rieger** ist Coach und interkulturelle Trainerin in Barcelona. Sie ist Mitarbeiterin der katalanischen grünen Stiftung «Nous Horitzons» und zuständig für Europakontakte.

Foto: Polarski/af

**ESTLAND**  
★ 2004

○ = EU-Durchschnitt

**Arbeitslosigkeit**  
Juni 2011



**Jugend Arbeitslosigkeit**  
Juni 2011



**Wachstumsrate BIP**  
2009/2010



**Staatsverschuldung (% des BIP)**  
2009/2010





**Wirtschaftsunion, Fiskalunion, politische Union – so lauten die Stichworte. Die EU bereitet sich auf die Stärkung gemeinsamer Institutionen vor. Doch welche Rolle kommt dabei den Bürgern und Bürgerinnen zu? Wie sind sie gefragt? Und wo bleibt die demokratische Kontrolle?**

# Warum wir einen neuen Konvent brauchen

VON ANNALENA BAERBOCK & MANUEL SARRAZIN

Die Europäische Union ist so präsent wie noch nie in der deutschen Öffentlichkeit. Trotz fortwährender Irrfahrten ins nationale Kämmerlein diskutieren plötzlich Wochenzeitungen und Politiker fast aller Couleur über europäische Wirtschaftsinstrumente und die Entität Europas. Unter den Tisch fällt dabei jedoch immer mehr die Frage, wie die neuen Strukturen wirtschafts- und haushaltspolitischer Steuerung den Bürgerinnen und Bürgern nahegebracht und auf europäischer Ebene demokratisch eingebettet werden können. Die Staats- und Regierungschefs springen von Ad-hoc-Krisenlösung zu Krisenlösung und sind nicht in der Lage, ein mutiges Gesamtkonzept auszuarbeiten. Zugleich arbeiten sie mit Instrumenten außerhalb der Verträge, wie zwischenstaatliche Abkommen und Regierungsvereinbarungen, wodurch das Europäische Parlament und die Kommission zunehmend geschwächt werden.

## Das Demokratieversprechen ausbauen anstatt es zu torpedieren

Das größte Versprechen der EU ist das der Demokratie. Die europäischen Institutionen haben sich seit den Römischen Verträgen 1957 immer mehr aus dem Bereich klassischer nationaler Außenpolitik fortbewegt hin zu europäischen Wahlen und Mitbestimmung. Das Europäische Parlament, aber auch die Europäische Kommission sind mit ihren heutigen Kompetenzen Aushängeschilder dieser weltweit einzigartigen Entwicklung supranationaler Demokratie. Dazu hat auch beigetragen, dass die Rechte nationaler Parlamente zur Mitsprache und Kontrolle der Regierung in der Europapolitik ausgebaut wurden, im Fall des Deutschen Bundestages (und Bundesrates) ist insbesondere das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 2009 zum Vertrag von Lissabon zu nennen.

Anstatt diese Errungenschaften supranationaler Demokratie weiterzuentwickeln, droht die Gemeinschaftsmethode im Zuge des Krisenmanagements der Staats- und Regierungschefs eingestampft zu werden. Hinter dem von der deutschen Bundesregierung angeführten Ad-hoc-Regierungshandeln sammeln sich die Truppen der Intergouvernementalisten, der nationalen Bürokratien und einiger

Mitglieder nationaler Parlamente, die Europa nur als Summe seiner Teile begreifen und die Entscheidungen über die Zukunft der EU allein in den Amtsstuben von Berlin und Paris angesiedelt sehen. Die Schwächung der europäischen Institutionen durch den Europäischen Rat, die Arroganz der nationalen Regierungen gegenüber dem Europäischen Parlament in den Fragen der Euro-Rettungsschirme und die auf die Regierungen zugeschnittene Ausgestaltung des neuen Stabilitätspaktes sind deutliche Warnsignale an die europäische Demokratie.

Es ist ein Fehler zu glauben, dass die EU sich in puncto Demokratie nicht auch zurückentwickeln könne. Die Vertiefung Europas führt nicht zwangsläufig zu einer Weiterentwicklung der Kompetenzen der Gemeinschaftsinstitutionen. Europa könnte sich auch «weiterentwickeln» zu einem neuen Rat der Kurfürsten, der unter Anleitung der großen Staaten am Grünen Tisch über das Schicksal der 500 Millionen EU-Bürgerinnen und Bürger entscheidet.

Wer die supranationale Demokratie stärken will, muss daher – wie bei der Erklärung zur Zukunft der Europäischen Union in Laeken vor zehn Jahren und der darauf folgenden Einsetzung des Konvents – auch bei diesem neuen Integrationsschritt neben den Staats- und Regierungschefs die Abgeordneten aus dem EU-Parlament und den nationalen Parlamenten, die Kommission sowie als neue verbindliche Komponente Sozialpartner und Vertreter der Zivilgesellschaft an einen Tisch holen. Kurzum: Wir brauchen einen neuen europäischen Konvent, der diesmal nicht eine Generalrevisiion der Verträge zum Ziel hat. Vielmehr muss er über das aktuelle Krisenmanagement in den Bereichen Wirtschafts-, Finanz-, Haushalts- und Sozialpolitik hinausgehen und die neu entstehenden Strukturen wirtschafts- und haushaltspolitischer Steuerung an eine effektive demokratische Legitimierung und Kontrolle binden. Da der politische Raum Europas immer weniger entlang von Gruppenidentitäten funktioniert, wird dieser Prozess seinen 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern zunächst als fern und kaum durch sie selbst beeinflussbar vorkommen. Der Konvent muss das Gegenteil beweisen.

LETTLAND  
★ 2004

○ = EU-Durchschnitt

Arbeitslosigkeit  
März 2011



Jugendarbeitslosigkeit  
März 2011



Wachstumsrate BIP  
2009/2010



Staatsverschuldung (% des BIP)  
2009/2010



**Mehr als nur die Eurozone**

Dabei ist auch zu klären, ob die neuen wirtschafts- und finanzpolitischen Regelungen, gerade mit Blick auf die nationalen Haushalte, für den Euroraum allein oder für die gesamte EU greifen sollen. Daran schließt sich die Frage der parlamentarischen Kontrolle einer möglichen Wirtschaftsunion an. Für Europa-Abgeordnete, aber auch für Staaten, die nicht an der Gemeinschaftswährung teilnehmen, gibt es scheinbar gar keine Notwendigkeit, sich in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik stärker abzustimmen. Zugleich überlappen all diese Bereiche mit zentralen Fragen des Binnenmarktes. Ein weiterer Integrationsschritt ausschließlich innerhalb der Eurozone könnte so die EU spalten sowie die Erweiterung der Eurozone gefährden. Zudem würde beispielsweise die Idee eines «Eurozonen-Parlaments» das Europaparlament schwächen. Nach dem langen Ringen um eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte des Europaparlaments in ehemalige intergouvernementale Bereiche wie der Innen- und Justizpolitik wäre dies ein massiver, schwer begründbarer Rückschritt. Schließlich stimmen auch bei Fragen der Binnengrenzen alle EU-Abgeordneten mit ab, unabhängig davon, ob sie aus einem Schengen-Staat kommen oder nicht.

●

**ZENTRALE AUFGABE DES KONVENTS WÄRE ES DAHER, EIN WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITISCHES GESAMTKONZEPT AUSZUARBEITEN, DAS ZUDEM EINEN NEUEN EUROPÄISCHEN SOZIALPAKT BEINHALTEN SOLLTE.**

●

**Krisenmanagement allein reicht nicht**

Die im Juli beschlossenen akuten Maßnahmen zur Euro-Rettung wie die Einführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus oder die Ausarbeitung der Umschuldungsklauseln sind zentral. Klar ist aber auch, dass das Krisenmanagement allein den Euro und die Europäische Union nicht retten wird. Europa muss weit über die jetzigen Mechanismen der Rettungsschirme, des Europäischen Semesters, der Kontrolle der nationalen Haushaltspolitiken über die Stabilitäts- und Wachstumspakte hinausgehen. Auch der jetzige Stand der Steuerharmonisierung für Unternehmen, der EU zugebilligten Kompetenzen bei der Finanzmarktregulierung oder bei der Kohäsion und Konvergenz in strukturschwachen Regionen reichen bei weitem nicht aus. Europa kann zudem die «Empört-euch»-Rufe der Jugend in Madrid und anderswo nicht ignorieren.

Zentrale Aufgabe des Konvents wäre es daher, ein wirtschafts- und finanzpolitisches Gesamtkonzept (auch Wirtschaftsunion und -regierung genannt) auszuarbeiten, das zudem einen neuen euro-

päischen Sozialpakt beinhalten sollte. Was zunächst simpel klingt, bedeutet in der Praxis, darüber zu diskutieren, ob Europa, anders noch als zu Zeiten des Lissabon-Vertrags, im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich mehr Kompetenzen bekommen soll. Entsprechende Schlagworte wie harmonisierte Steuern und abgestimmte soziale Standards werden in der aktuellen Debatte auch in Kreisen der Grünen mit Vorsicht genossen, weil sie den sensibelsten Bereich der Nationalstaaten betreffen. Wer über Europas zukünftige Entität nachdenkt, wird um diese Debatte jedoch nicht herumkommen. Und je transparenter sie geführt wird, umso mehr wird man die Bürgerinnen und Bürger «mitnehmen» können.

**Zweigleisig fahren**

Während ein Konvent diese Fragen debattiert, muss die EU nicht stehen bleiben. Kurz- bis mittelfristig notwendige Maßnahmen bis hin zur Einführung von Eurobonds sollten durch den Konvent nicht verhindert werden. Aber es muss klar sein, dass diese Instrumente und Maßnahmen so ausgestaltet sein müssen, dass ihre Übernahme in die Architektur der Gemeinschaftsinstitutionen möglich ist.

Wenn wir hingegen die Beantwortung dieser Fragen allein den nach den Regeln des Ausnahmezustandes agierenden nationalen Regierungen überlassen, wird Europa weder überzeugende inhaltliche Antworten auf die zuvor skizzierten Herausforderungen liefern noch wird das Ganze mit mehr Demokratie einhergehen. Damit würden wir das selbstverständlich gewordene Europa des freien Reisens, Wohnens, Studierens und Arbeitens – das Europa einer ganzen Generation – aufs Spiel setzen. Deswegen gilt heute – in Anlehnung an Willy Brandts berühmtes Diktum «Wir wollen mehr Demokratie wagen»: Wir wollen einen europäischen Konvent wagen! ■■■



**Annalena Baerbock** ist Mitglied im Vorstand der Europäischen Grünen Partei (EGP) und Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen in Brandenburg.



**Manuel Sarrazin** ist europapolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und kooperiertes Präsidiumsmitglied der Europa-Union Deutschland.

**LITAUEN**  
★ 2004

○ = EU-Durchschnitt

**Arbeitslosigkeit**  
Juni 2011



**Jugendarbeitslosigkeit**  
Juni 2011



**Wachstumsrate BIP**  
2009/2010

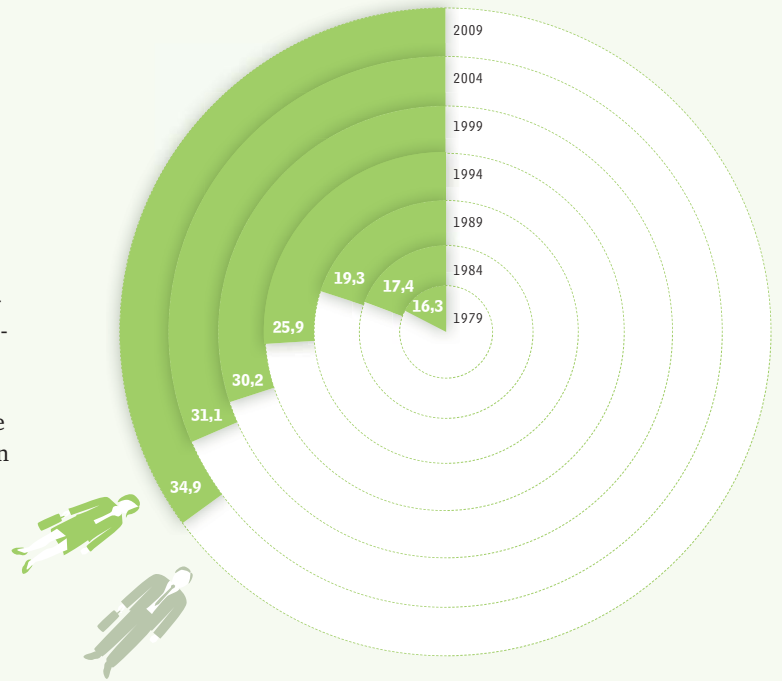


**Staatsverschuldung (% des BIP)**  
2009/2010



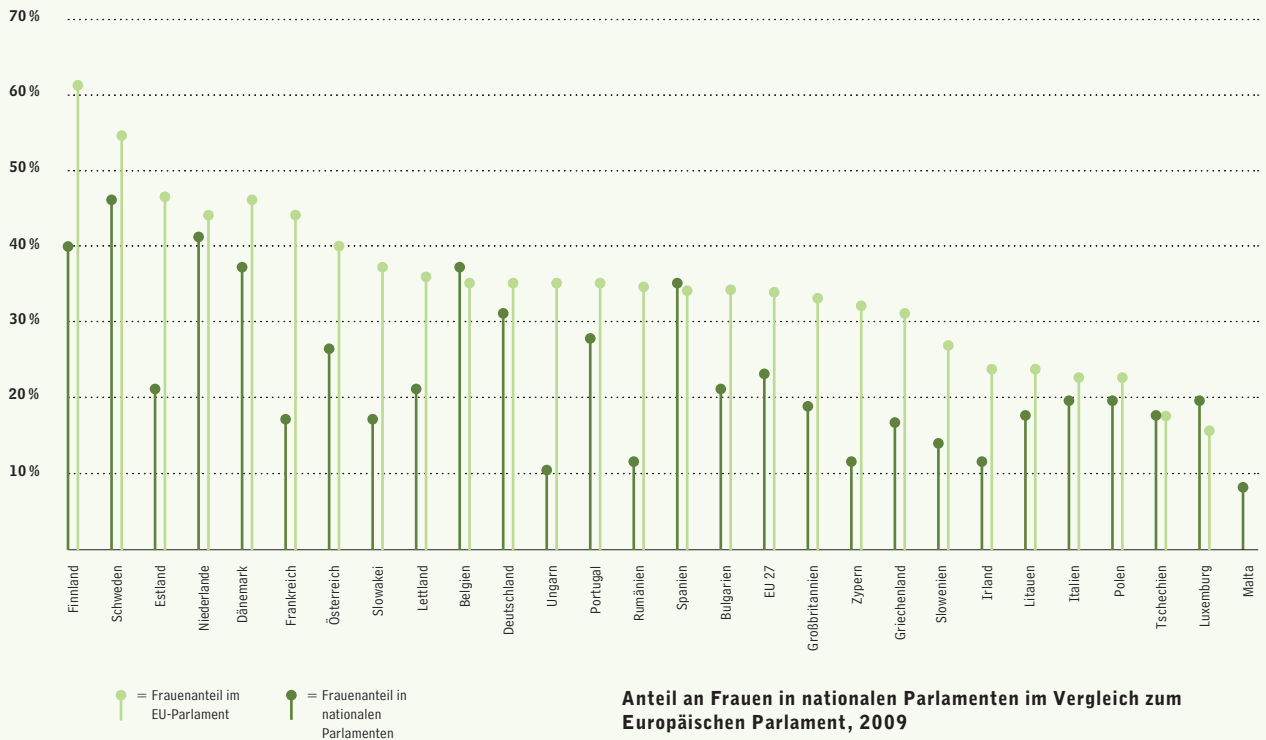
### Geschlechterverhältnis im Europaparlament und in den jeweiligen Nationalparlamenten

Der Anteil an Frauen im Europäischen Parlament (34,9%) ist im Jahr 2009 10% höher als in den jeweiligen nationalen Parlamenten (24,2%). Mit Ausnahme von Belgien, Spanien, Luxemburg und Malta, das einzige Land ohne weibliche Europaabgeordnete, sind Frauen innerhalb der Gruppe der Europaparlamentarier stärker vertreten als innerhalb der nationalen Parlamente.



Geschlechterverhältnis im Europäischen Parlament 1979–2009

Quelle: Europäisches Parlament (alle Angaben in Prozent)



Anteil an Frauen in nationalen Parlamenten im Vergleich zum Europäischen Parlament, 2009

Quelle: Europäische Kommission

**MALTA**  
★ 2004

○ = EU-Durchschnitt

Arbeitslosigkeit  
Juli 2011



Jugend Arbeitslosigkeit  
Juli 2011



Wachstumsrate BIP  
2009/2010



Staatsverschuldung (% des BIP)  
2009/2010





Die Nationalstaaten verlieren nicht an Bedeutung und müssen dennoch einen Teil ihrer Souveränität an die Europäische Union abgeben. Und das alles entsprechend einem wunderbaren, doch unübersetzbaren Anglizismus:

# Rightsizing EUROPE

VON REINHARD BÜTIKOFER

Ich möchte mit einer Provokation beginnen: Es ist die CSU, die den richtigen Weg zur weiteren Integration Europas weist.

Wie? Die CSU? Diese vergauwelerten Regionalchauvinisten, die einander mit ihren populistischen Ressentiments anlässlich der dramatischen europäischen Krise ständig selbst überbieten?

Na ja, sie wissen nicht, dass sie das tun. Oder besser: Man muss sie ordentlich gegen den Strich bürsten, um ihrem vaterländischen Unsinn europäischen Sinn zu unterschieben. Aber den Versuch ist es wert, denn ohne etwas Dialektik ist ein europäisches Vorankommen aus ziemlich verfahrenere Lage schwer vorstellbar.

Was also ist das Richtige, das ich der CSU-Propaganda ablauschen möchte? Es ist zweierlei. Zum einen die Betonung der entscheidenden Rolle der Nationalstaaten auf Europas weiterem Weg. Zum anderen die Forderung, dass europäische Mitgliedsstaaten auf ihre nationale Souveränität verzichten müssen. Das widerspricht sich – und stimmt zugleich. Man muss – nur! – beides vom Kopf auf die Füße stellen.

Für europäische Föderalisten wird es eine Zumutung sein, dass hier positiv davon die Rede sein soll, die europäischen Nationalstaaten hätten beim weiteren Weg Europas eine entscheidende Rolle zu spielen. Sie sehen im Gegenteil in den Nationalstaaten das entscheidende Hindernis für Europas Zusammenwachsen. Mustergültig hat EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso bei seiner «State of the Union»-Rede vor dem Europäischen Parlament mit einer großen rhetorischen Verbeugung vor dieser Meinung gespielt, um sich des Beifalls des Parlaments zu versichern und die Gefahr einer Rebellion gegen seine überaus schwache Rolle im europäischen Krisenmanagement abzuwenden. Die vielbeschwo-rene europäische «Wirtschaftsregierung» gebe es bereits in der EU-Kommission, ließ Barroso wissen, und zudem sei anders denn streng nach der Gemeinschaftsmethode überhaupt kein Ausweg aus der Krise zu finden.

Für jeden, den die Realität interessiert, ist festzuhalten, dass die erste Behauptung durch einen kurzen Blick in den Lissabonner Vertrag widerlegt wird und die zweite durch die schlichte Tatsache, dass streng nach der Gemeinschaftsmethode Griechenland und damit auch der Euro längst unter die Räder gekommen wären. Wenn sie ihren Schlachtruf «Mehr Europa» anstimmen, denken die meisten Euro-Föderalisten nicht daran, dass die Europäische Union sich, wie das Bundesverfassungsgericht in seinem Maastricht-Urteil zu Recht festgestellt hat, gerade durch das Spannungsverhältnis zwischen ihren beiden Eigenschaften auszeichnet, Union der Bürgerinnen und Bürger sowie Union der Staaten zu sein. «Mehr Europa» ist, wenn man diesen Doppelcharakter ernst nimmt, nur zu erreichen, indem man beiden Aspekten Rechnung trägt, nicht, wenn einer den anderen überwältigt oder verschlingt.

Europa ist bei seinen Bürgerinnen und Bürgern heute auch deswegen wenig populär, weil die große Erzählung von Europa durch ein bürokratisches Narrativ überlagert wurde, nach dem die europäischen Zentralinstanzen Europa seien. «Your Europe» = «Ihr selber seid Europa!» – das hat man zu wenig gehört und erlebt. Und doch zeigt sich nun in der Krise mit brutaler Deutlichkeit, dass die europäischen Zentralinstanzen nicht genug Legitimität und Hebel haben, Europa aus eigener Kraft vorwärts zu bringen. Wenn die politischen Eliten in den Nationalstaaten sich nicht aktiv dafür entscheiden, die Bürgerinnen und Bürger für «mehr Europa» zu mobilisieren, wenn sie nicht einen *sense of ownership* entwickeln für eine neue Phase europäischer Integration, dann wird es diese nicht geben.

Diese Bereitschaft, für mehr Integration einzutreten, wird indes kaum zu gewinnen sein, wenn es nicht gelingt zu verdeutlichen, dass damit keineswegs die schlichte Verlängerung einer Praxis gemeint ist, in der «Brüssel» im Großen zu weich und im Kleinen zu hart ist, wie das ein kluger *Zeit*-Autor kritisierte. «Mehr Europa» als ein Mehr dieser schlechten Erfahrung, das hat keine Resonanz. Mehr wirtschaftspolitische Stringenz der EU in den grundsätzlichen Fragen, das kommt an. Und weniger Einmischung in kommunale Selbstverwaltung zum Beispiel auch. Im Englischen gäbe es dafür eine schöne Formulierung: «rightsizing Europe». Wie immer das gut übersetzt wird, das muss die Botschaft sein! In dieser Botschaft ist, bei aller notwendigen Anstrengung, die Mitgliedsstaaten in entscheidenden Fragen der Wirtschaftspolitik zugunsten von «mehr Europa» zu beschränken, eine entscheidende Rolle vorgesehen für diese und den in ihnen konstituierten Souverän.

Aus meiner Sicht ist, was immer bei den beteiligten Richtern auch die Motive gewesen sein mögen, im Ergebnis europapolitisch nicht zu bedauern, dass das Bundesverfassungsgericht in Urteilen und Interviews Grenzen gezogen hat für eine weitere europäische Integration ohne explizite Willensentscheidung der Deutschen in einem Referendum.

Ich erinnere mich, wie viele Stimmen sich damals, im Kontext der deutschen Einigung nach Artikel 146 Grundgesetz, für eine neue Verfassung aussprachen; viele davon waren im «Kuratorium für einen demokratisch verfassten Bund deutscher Länder» zusammengekommen. Warum sollte man heute an den großen notwendigen Schritt für unser gemeinsames Europa mit weniger Ambition und mit weniger Respekt gegenüber dem Volk als Verfassungsgeber herangehen? Jeder Versuch, einen Weg einzuschlagen, der eine

POLEN  
★ 2004

○ = EU-Durchschnitt

Arbeitslosigkeit  
Juli 2011



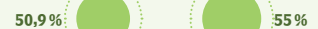
Jugendarbeitslosigkeit  
Juli 2011



Wachstumsrate BIP  
2009/2010



Staatsverschuldung (% des BIP)  
2009/2010



## «YOUROPE = IHR SEID EUROPA!» DAS HAT MAN ZU WENIG GEHÖRT UND ERLEBT.

Abkürzung verspricht und doch nur das Wagnis umgehen will, den nationalen Souverän zu befragen, wird scheitern.

Die Notwendigkeit des Souveränitätsverzichts thematisieren unsere CSU-Populisten ja durchaus. Aber natürlich für «die anderen», für diejenigen, die zu viele Schulden aufgehäuft haben; Griechenland etwa und Italien oder auch Spanien – dessen Gesamtverschuldung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts allerdings unter der Deutschlands liegt. Das Argument ist, von Polemik gesäubert, erst mal richtig: Es kann, wenn die Eurozone zusammenhalten soll, nicht sein, dass einzelne Mitgliedsländer ohne Rücksicht auf die Nachbarn Wirtschaftspolitik machen. Ohne Souveränitätsverzicht wird das nicht abgehen, weil gut Zureden nicht hilft, wenn es hart auf hart kommt.

Doch unternehmen wir eine kleine Zeitreise! Was würde eigentlich mit Blick auf das Jahr 2003 zur Souveränität Deutschlands und Frankreichs zu sagen sein, die damals den Stabilitäts- und Wachstumspakt unverhohlen nach ihrem eigenen Ermessen aushebelten? Müsste nicht auch für diese damals von der CSU scharf kritisierte Abweichung von Theo Waigels heiligen Zahlen gelten, was eben für alle verbindlich sein muss? Können Konservative, die ja nicht sicher sein können, dass sie ewig regieren, dem gar nichts abgewinnen, dass es im Zweifel auch für Deutschland im Sinne wirtschaftspolitischer Vernunft heißt: Wenn Zureden nicht reicht, darf Souveränität keine Ausflucht für Sünder sein! Bei der Überarbeitung des Stabilitätspaktes durch die Vorschläge des EU-Kommissars für Wirtschaft und Währung, Olli Rehn, hat übrigens das Europaparlament durchgesetzt, dass nicht nur die Defizitländer sich bei wirtschaftspolitischen Ungleichgewichten korrigieren müssen, sondern auch die Überschussländer. Das so wenig geachtete EP hat übrigens auch dem Europäischen Rat gegenüber durchgesetzt, dass es mehr Automatismus bei Sanktionen gegen Stabilitätsverstöße geben soll.

Statt einen Diskurs über Zentralisierung und Dezentralität zu führen, in dem die europäische Perspektive gegenüber Re-Nationalisierungstendenzen zu verlieren droht, sollten wir eine Debatte über Regelungen verfolgen, nach denen jedes Land von seiner Souveränität nur in dem Maß real abgeben muss, wie es sich gegen die gemeinsam definierte wirtschaftliche Vernunft vergeht.

Mein kleiner Umweg zu Anfang über die Auseinandersetzung mit den Argumenten der CSU liefert, wie mir scheint, am Ende einen interessanten politischen Ertrag. Diese Auseinandersetzung schärft den Blick dafür, wie der Kampf um eine Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen für den – wenn die Eurozone nicht zerfallen soll! – unumgänglichen Zuwachs an wirtschaftspolitischer Gemeinschaftsverantwortung gewonnen werden kann. Denn, liebe Euro-Föderalisten, unter der Parole der «Vereinigten Staaten von Europa» würden wir verlieren. Und das können wir uns nicht leisten. ■■■



**Reinhard Bütikofer** ist seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments, dort Sprecher der Europagruppe Grüne sowie stellvertretender Fraktionsvorsitzender. 2002–2008 war er Bundesvorsitzender von Bündnis90/Die Grünen.

### SLOWAKEI

★ 2004

○ = EU-Durchschnitt

Arbeitslosigkeit  
Juli 2011



Jugendarbeitslosigkeit  
Juli 2011



Wachstumsrate BIP  
2009/2010



Staatsverschuldung (% des BIP)  
2009/2010



41%

Der Umgang mit Griechenland wird zeigen, ob die Eurozone integrative Wirkung entfachen kann oder ob sie dauerhaft bloß mit den Malaisen ihrer Mitglieder beschäftigt sein wird.

## Avantgarde oder tauber Kern? DAS GESPANNTE VERHÄLTNISS VON EUROZONE UND EU

VON JOSCHA SCHMIERER

**D**ie Schwierigkeiten beginnen schon mit der Terminologie. Haben wir es mit einer «Eurokrise» zu tun? Das wird aus dem Finanzministerium und von der Kanzlerin entschieden bestritten. Der Euro sei stabiler als es die D-Mark war. Und es stimmt ja auch: Gegenüber dem Dollar steht der Kurs des Euro immer noch sehr gut da. Und die Inflation hält sich auch in Grenzen.

Oder haben wir es mit der Schuldenkrise einzelner Mitglieder der Eurozone zu tun? Diese kann niemand bestreiten. Aber welche Mitglieder der Eurozone haben eine ernste oder gar die Zahlungsfähigkeit bedrohende Schuldenkrise? Droht nur Griechenland der Staatsbankrott oder sind auch Irland, Portugal, Spanien, vielleicht auch Italien oder sogar Frankreich direkt von Zahlungsunfähigkeit bedroht? Wird die gemeinsame Währung zum Medium, in dem der Schuldenbazillus, also der Verlust der Fähigkeit, alte Schulden durch neue zu begleichen und zu erhöhen, von einem Land zum anderen überspringen und schließlich den ganzen Euroraum erfassen kann? Geld ist Geld, Schulden sind Schulden, Zins ist Zins, da gibt es nur quantitative Unterschiede. So wächst die Gefahr einer Zinsexplosion für Staatsanleihen von allen Euroländern. Die würde dann auch den internationalen Status des Euro untergraben.

Tatsächlich haben wir es nicht mit Spekulationen gegen den Euro zu tun, sondern mit der Spekulation auf die schwindende Kreditwürdigkeit einzelner Staaten der Eurozone. Die Frage ist also: Wie lange ist die Eurozone in der Lage, die Schuldenkrise ein-

zelner Mitgliedsstaaten aufzufangen, ehe sie selber auseinanderbricht?

### Zwei Erklärungsmuster

Die unterschiedlichen Vorschläge für den Umgang mit der Krise in Euroland entspringen den unterschiedlichen Einschätzungen, wie es zu der Krise gekommen ist. Ein verbreitetes Grundmuster der Erklärung behauptet, die Eurozone leide seit ihrer Geburt an einem Konstruktionsfehler: Eine gemeinsame Währungspolitik setze eine gemeinsame Wirtschaftspolitik voraus, verlange im Grunde eine politische Union einschließlich einer Wirtschaftsregierung, was immer das sein mag. Die jetzigen Schwierigkeiten seien aus dem ursprünglichen Konstruktionsfehler erwachsen. Sie böten aber nun die Möglichkeit, die fehlenden Voraussetzungen nachträglich zu schaffen, weil sich die Krise anders nicht beheben ließe. Daraus ergibt sich dann der Vorschlag, erneut eine Verfassungsdebatte zu beginnen, um die Diskrepanz zwischen Währungsunion und politischer Union zu überwinden.

Eine andere Einschätzung geht davon aus, dass die Eurozone nicht an einem «zentralen» und «ursprünglichen» Konstruktionsfehler zu scheitern droht, sondern durch politische Verstöße gegen ihre Konstruktionsprinzipien in die Krise kam. Eine Serie von politischen Fehlern der beteiligten Staaten und ihrer Regierungen hätte zu den jetzigen Schwierigkeiten geführt. Deshalb sei eine erneute Verfassungsdebatte zu vermeiden, um sich stattdessen auf politische

•  
DIE WÄHRUNGSUNION  
WAR UND IST EIN  
MODERNISIERUNGS-  
PROJEKT, UM  
DIE EUROPÄISCHE  
UNION IM GLOBALEN  
WETTBEWERB ZU  
STÄRKEN.  
•

### SLOWENIEN ★ 2004

○ = EU-Durchschnitt

Arbeitslosigkeit  
Juli 2011



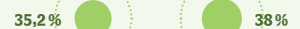
Jugendarbeitslosigkeit  
Juni 2011



Wachstumsrate BIP  
2009/2010



Staatsverschuldung (% des BIP)  
2009/2010





Korrekturen zu konzentrieren. Statt nach einer neuen, diesmal fehlerfreien Konstruktion zu suchen, wäre die politisch-praktische Vernunft zu bemühen. Auf sie hatte die EU mit der Gründung der Währungsunion gesetzt.

**Die Währungsunion als Avantgarde**

Die Währungsunion war und ist ein Modernisierungsprojekt, um die Europäische Union im globalen Wettbewerb zu stärken. Von vornherein war klar, dass sie von den Mitgliedern unterschiedliche, aber allemal nachhaltige Anstrengungen verlangen würde. Immer ging es um eine Steigerung der Produktivität des gesellschaftlichen Wirtschaftens. Die Gründung der Währungsunion zielte auf einzelne Veränderungen ebenso wie auf Verbesserungen der Infrastruktur und auf Reformen zum Beispiel des Bildungswesens. Im Einzelnen ging es im einen Fall eher darum, die Arbeitskosten im Rahmen zu halten, im anderen Fall, das qualitative Ergebnis des Produktionsprozesses zu verbessern. Über die Notwendigkeiten der Veränderungen waren sich seinerzeit alle an der Diskussion Beteiligten einig. Die Regeln, also die Stabilitätskriterien, auf die sich die Mitglieder der Währungsunion verpflichteten, waren kein Selbstzweck. Sie sollten die unausweichlichen Modernisierungsbemühungen fördern und verknüpfen und gleichzeitig verhindern, dass sie unsolide finanziert und auf dem Rücken anderer Mitglieder abgeladen würden. Die Gewähr dafür sollten die Unabhängigkeit der EZB und ihre Verpflichtung auf eine stabile Geldpolitik bieten.

Die Währungsunion wurde nicht im luftleeren Raum, sondern im Rahmen des Binnenmarktes und der europäischen Strukturprogramme gegründet. Sie war auf den Beitritt aller Mitglieder der EU ausgelegt, die damit ebenfalls auf die Stabilitätskriterien als Zielgröße festgelegt wurden. Nur Großbritannien und Dänemark erstritten sich die Option, wenn sie wollten, der Währungsunion fernzubleiben. Wegen der angestrebten Übereinstimmung von Währungsunion und Europäischer Union wurde für die Währungsunion auch kein eigenes institutionelles Gefüge konzipiert. Sie sollte in die Institutionen der EU überführt werden. Die Währungsunion wurde als Zugkraft für eine stärkere Integration in der EU verstanden. Damit war den Mitgliedern der Währungsunion die Rolle einer Avantgarde zugeordnet. Sie begründete, warum an die Mitgliedschaft Ansprüche gestellt wurden, die nicht alle EU-Mitglieder sofort, aber doch nach und nach erfüllen sollten.

Gegenwärtig kann die Eurozone die angestrebte Zugkraft nicht entfalten. Im Gegenteil ist sie zu einem Problemfall für die weitere Entwicklung der EU geworden. Statt als Avantgarde droht sie sich als tauber Kern zu erweisen.

**Die Eurozone könnte in der EU zum Sprengsatz werden**

Die EU hat sich Schritt für Schritt aus einer Staatenunion zu einer Staaten- und Bürgerunion entwickelt. Der Lissabonner Vertrag hält diese spezifische Form fest und baut sie aus. In ihr bewegen und entwickeln sich die Vereinigten Staaten von Europa.

Die Vertiefung der europäischen Integration hat innere Grenzen an der Souveränität der Mitgliedsstaaten der Union. Sie behalten ein Recht auf Austritt. In den USA wurde mit Bürgerkrieg und großem Blutzoll das Recht auf Austritt negiert. Ein Unterschied wird

also bleiben. Da die Union für die Durchführung ihrer Politik über keine eigene Exekutive verfügt, kann sie nur durch die Staatlichkeit ihrer Mitglieder funktionieren. Sie ist nicht daran interessiert, die Mitgliedsstaaten zu schwächen. Sie will sie verändern.

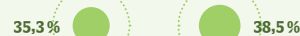
Die Bürgerunion entwickelte sich mit der Zunahme von Mehrheitsentscheidungen unter den Mitgliedsstaaten und der damit verbundenen Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlamentes. In dem Maße, wie die Effektivierung der Entscheidungsfähigkeit der Staatenunion die Rolle der nationalen Parlamente beeinträchtigte, glich die wachsende Bedeutung des Europäischen Parlamentes das in den Staaten drohende Demokratiedefizit auf der europäischen Ebene aus.

Gegenüber dieser Verfassung als Staaten- und Bürgerunion ist die Eurozone ein Rückschritt zur Staatenunion, in der die demokratische Kontrolle nur durch die nationalen Parlamente wahrgenommen werden kann. Das gibt der Auseinandersetzung um die Haushaltsbefugnisse der nationalen Parlamente gegenüber einem europäischen Rettungsfonds den Zunder. Wie lässt sich das Haushaltsrecht der nationalen Parlamente mit haushaltsrechtlich relevanten Entscheidungen des europäischen Währungsfonds so vereinbaren, dass sowohl der nationalen Demokratie wie der Effektivität der währungspolitischen Entscheidungen Genüge getan wird? Dieser Widerspruch zwischen nationaler Demokratie und europäischer Effektivität kann nur durch die Zuständigkeit des Europäischen Parlaments behandelt werden. Das Europäische Parlament hat aber in der Eurozone nichts zu sagen.

**Die Unterhöhnung nimmt Gestalt an**

Nicht alle Kommentatoren finden die Rückkehr zur Staatenunion schlecht. «Chefsache» überschreibt die FAZ vom 12.9. einen Kommentar von Nikolas Busse. Fast unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit vollziehe sich in Brüssel gerade eine Machtverschiebung – weg von den europäischen Institutionen, hin zu den Mitgliedsstaaten. «Dreh- und Angelpunkt sind nicht etwa die Kommission oder das EU-Parlament, sondern ist die Versammlung der Staats- und Regierungschefs, die mal die Eurostaaten und mal die EU-Länder umfasst.» Ein gewisser Triumph lässt sich heraushören, wenn Busse konstatiert, im Rettungsfonds, dem europäischen Hauptinstrument zur Bewältigung der Krise, habe die Kommission gar nichts zu sagen. «Im Aufsichtsrat sitzen ranghohe Vertreter aus den Finanzministerien der Eurostaaten, die Kommission hat hier (wie die Europäische Zentralbank) nur Beobachterstatus. Das Europäische Parlament ist überhaupt nicht vertreten.» So sei in den vergangenen Monaten «außerhalb der EU-Verträge eine völlig neue Struktur der Zusammenarbeit entstanden, zumindest in Wirtschafts- und Währungsfragen». Andere mögen das bedauern, aber Busse benennt Tatsachen. Die Wirtschafts- und Währungsunion, gedacht als wichtiges Instrument die EU zu vertiefen und den Binnenmarkt zu vollenden, droht zu einem Sprengsatz an der Verfassung der EU als Staaten- und Bürgerunion zu werden.

Statt mit einer Avantgarde haben wir es in der Währungsunion heute eher mit einem tauben Kern zu tun. So seltsam es klingen mag: Am Umgang mit Griechenland wird sich zeigen, ob die Eurozone wie ursprünglich gedacht integrative Zugkraft entfaltet, die nach und nach alle EU-Mitglieder erfasst, oder ob sie sich zu einer



separaten Einrichtung verfestigt, die dauerhaft zu wenig mehr fähig ist, als an ihren Krankheitssymptomen herumzudoktern.

Der Beitritt Griechenlands zur Währungsunion kam zu früh. Indem sich Griechenland mit getürkten Zahlen die Mitgliedschaft erschlich, bewies es, dass es in einer Formation wie der Währungsunion, die ganz auf dem Vertrauen der Mitgliedsstaaten untereinander beruht, gegenwärtig nicht bestehen kann. Aus Griechenland können nur die Griechen selber einen seinen Bürgern und seinen Partnern gegenüber verantwortlichen Staat machen. Es geht nicht um einen Rausschmiss Griechenlands aus der Währungszone, sondern um einen Deal, der gegen einen Austritt aus der Währungsunion großzügige Hilfe bei der unvermeidbaren Umschuldung bietet. Es geht um griechische Staatsbildung, und dafür ist die Währungsunion nicht das passende Instrument.

Die Wirtschafts- und Währungsunion ist eine politische Wette auf die praktische Vernunft ihrer Mitglieder, um schließlich die ganze EU zusammenzufassen und in der globalisierten Welt gemeinsam mitzuhalten. In diesem Sinn wurde sie in den Lissabonner Vertrag aufgenommen. Die EU ist als Staaten- und Bürgerunion politisch höher entwickelt als die Eurozone, wirtschafts- und währungspolitisch sollte die Eurozone zur Wohlfahrt der ganzen EU beitragen. Wenn die Eurozone nicht wieder in diesem Sinne zur Zugkraft wird, kann sie zur Gefahr für die Demokratie in der EU werden. In der Eurozone herrscht in der Krise die Exekutive. ■■■



**Joscha Schmierer** ist freier Publizist. Er war von 1999–2007 Mitarbeiter des Planungsstabs des Auswärtigen Amts. Jüngste Veröffentlichung: «Keine Supermacht, nirgends. Den Westen neu erfinden», Wagenbach Verlag 2009.



## Chronik der Eurokrise

2010

- Februar ..... Auf ihrem ersten Sondergipfel zur drohenden Pleite Griechenlands signalisiert die EU dem Land Unterstützung.
- März ..... Auf dem Frühjahrsgipfel verabschieden die Staats- und Regierungschefs die auf 10 Jahre angelegte Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum – Europa 2020.
- Mai ..... Die 16 Euroländer einigen sich auf ein Hilfspaket für Griechenland in Form von Notkrediten in Höhe von 110 Milliarden durch bilaterale Kredite von Eurostaaten und den Internationalen Währungsfonds (IWF). Im Gegenzug verpflichtet sich Griechenland zu einem massiven Sanierungsprogramm unter Aufsicht von EZB, IWF und EU-Kommission. Um ein Übergreifen auf andere in Not geratende Länder zu verhindern, beschließen die EU-Finanzminister die Einrichtung eines allgemeinen Euro-Rettungsschirms (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität – EFSF). Die EFSF leiht sich am Markt Geld und reicht diese Kredite bei Bedarf an betroffene Länder weiter. Die Staaten der Eurozone garantieren, dass dieses Geld wieder zurückgezahlt wird. Die Staats- und Regierungschefs der Eurozone vereinbaren eine einschneidende Haushaltskonsolidierung sowie eine verstärkte wirtschaftspolitische Koordinierung und Haushaltsüberwachung zum Schutz des Euro. Auf konkrete Sanktionen für Defizitsünder kann man sich nicht einigen.
- Juli ..... Europäische Banken werden einem «Stresstest» unterzogen, um ihre Belastbarkeit in wirtschaftlichen Krisensituationen zu überprüfen.
- November ..... Irland kommt unter den Euro-Rettungsschirm EFSF.
- Dezember ..... Der EU-Gipfel einigt sich auf die Einrichtung eines dauerhaften Krisenmechanismus (Europäischer Stabilisierungsmechanismus), mit dem ab 2013 drohende Pleitestaaten aufgefangen und der Euro stabilisiert werden soll. Der Lissabon-Vertrag soll entsprechend geändert werden.

2011

- März ..... Die Eurostaaten beschließen im – rechtlich nicht bindenden – «Pakt für den Euro», künftig ihre Haushalts-, Steuer- und Sozialpolitik enger abzustimmen. Der März-Gipfel stockt die Ausschüttung des Rettungsfonds EFSF, der bis 2013 gilt, auf insgesamt 500 Milliarden Euro auf. Ab 2013 soll der dauerhafte Europäische Stabilisierungsmechanismus (ESM) in Not geratenen Eurostaaten helfen. Während der EFSF nur Gewährleistungen der Staaten enthält, soll der ESM darüber hinaus eine Bareinlage erhalten. Damit kann der ESM Staaten mit vorübergehenden Liquiditätsproblemen Kredite geben.
- Mai ..... Dem hochverschuldeten Portugal werden 78 Milliarden aus dem Rettungsfonds zugesagt. Griechenland erhält ein paar Wochen später ein zweites Kreditpaket.
- Juli ..... Die Staats- und Regierungschefs beschließen, dem aktuellen Euro-Rettungsschirm (EFSF) mehr Instrumente zur Krisenbewältigung bereitzustellen, indem er u.a. Anleihen der Eurostaaten auf dem Sekundärmarkt aufkauft und Darlehen an Eurostaaten vergibt, damit diese ihre Finanzinstitute refinanzieren können. Zudem sollen Kriterien für die Beteiligung von privaten Gläubigern erarbeitet werden.
- September ..... Der Deutsche Bundestag stimmt der Erweiterung des Euro-Rettungsschirms zu und erhöht die Summe der Gewährleistungen, die Deutschland zum Euro-Rettungsschirm beiträgt, von 123 Milliarden Euro auf 211 Milliarden Euro.

Die Nationalstaaten haben bislang nur ihre jeweiligen Interessen verfolgt, eine europäische Außenpolitik hat sich nicht entwickelt. Wird das auf Dauer die EU in die Bedeutungslosigkeit führen?

## Vom Schiffbruch einer europäischen Außenpolitik

VON FRANZISKA BRANTNER



↑ Oktober 2011: Graffiti der Rebellen in Tripolis, Libyen.

Aktuell über die Zukunft der europäischen Außenpolitik zu schreiben erfordert viel Optimismus. Anders als in der Wirtschaftskrise ist die Analyse der letzten außenpolitischen Krisen nicht eindeutig in ihrer Ansage – zumindest für die großen Mitgliedsstaaten. Während die meisten Analysen der Wirtschafts- und Finanzkrise zur Forderung «Mehr Europa» kommen, ist dies für die Außenpolitik der großen Mitgliedsstaaten nicht so eindeutig. Vielleicht ist es eine Ironie der Geschichte. Kaum hat die EU einen Auswärtigen Dienst eingerichtet und eine quasi Außenministerin eingesetzt, reißen tiefe Gräben in der Außenpolitik der Mitgliedsstaaten auf.

In Libyen ist dies offensichtlich und weithin bekannt. Während Frankreich mit England die militärische Intervention getragen hat, enthielt sich Deutschland im Sicherheitsrat und verweigerte damit selbst politische Unterstützung für die EU-Partner. Sarkozy hatte in der Vorlaufphase nicht die europäische Karte gespielt, sondern auf Alleingänge gesetzt. Es sei nur an seine Anerkennung des National Transition Council erinnert. Doch Frankreich und England konnten auch nicht allein handeln, sie waren auf die USA und die Arabische Liga angewiesen, sowohl für das Mandat der Vereinten Nationen als auch für die NATO-Mission.

Die Elfenbeinküste ist weniger im Bewusstsein der meisten Menschen. Dort spielte die EU eine wichtige Rolle bei den erfolg-

reichen Wirtschaftssanktionen, aber es gelang vor allem Frankreich mit militärischen Mitteln und einem UN-Mandat, einen Regimewechsel durchzusetzen. Die Europäische Union fand zu diesem Konflikt zwar klare Worte, aber die Taten waren auch hier eher von Frankreich dominiert.

Im Konflikt um die Anerkennung eines Palästinenserstaates haben die USA ein Veto angekündigt. Die europäische Antwort ist ein Nein zur Anerkennung aus Deutschland und ein Ja aus Frankreich. Der Rest der Mitgliedsländer oszilliert dazwischen, mit einer zum Ja tendierenden Mehrheit. Dadurch neutralisiert sich die EU, auch wenn Catherine Ashton versuchte, direkte Friedensgespräche wieder anzustoßen. Seit Monaten tragen alle das Mantra «Wir müssen gemeinsam abstimmen» vor sich her, aber bis jetzt wurde noch keine Kompromisslösung gefunden, die alle mittragen könnten. Dabei ist bei dieser Frage die Rolle der EU zentral: Einigt sich die EU, ist eine Einigung der Vereinten Nationen sehr nah. Wirklich und nicht nur proklamierend gemeinsam agierend könnte die EU den zur Abstimmung kommenden Resolutionstext maßgebend beeinflussen.

Gegenüber Syrien ist man sich da vergleichsweise einig, doch Auswirkungen hat dies keine. Denn selbst das Ölembargo kommt spät, weil Briten und Italiener an diesem Geschäft zu gut verdient haben. Die gesamte EU hat hier nicht die Macht, den Unterschied zu machen. Von dort, wo sie es vielleicht noch könnte – in Tunesien und Ägypten – ist die Aufmerksamkeit schon wieder verschwunden, und weder die versprochenen Gelder und andere schnell gemachte Versprechen kommen in der Region an, noch findet eine kontinuierliche Auseinandersetzung auf höchstem Niveau mit den dort stattfindenden politischen Prozessen statt. Der drohende arabische Winter hat auch mit dem fehlenden Engagement der EU und ihrer Mitgliedsstaaten zu tun – man möge daran erinnern, dass die inner-europäischen Debatten von den drohenden Flüchtlingsströmen dominiert waren und nicht von der Frage nach der besten Antwort auf den Arabischen Frühling.

Die Analyse nach fast zwei Jahren institutionell neu verankerter Außenpolitik in der EU ist ernüchternd. In kaum einer relevanten Frage hat die EU eine gewichtige Rolle in der Außenpolitik entwickelt. In nahezu allen relevanten Konflikten ist es den Mitgliedsstaaten nicht einmal gelungen, eine gemeinsame Position zu

### UNGARN

★ 2004

○ = EU-Durchschnitt

Arbeitslosigkeit  
Juli 2011



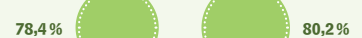
Jugendarbeitslosigkeit  
Juli 2011



Wachstumsrate BIP  
2009/2010



Staatsverschuldung (% des BIP)  
2009/2010





↑ Ramallah am 23. September 2011: Auf dem großen Platz verfolgen palästinensische Frauen die Videoübertragung von Präsident Abbas' Auftritt vor der UNO-Vollversammlung. Als einen Schritt hin zur eigenen Staatsgründung beantragte Abbas offiziell die Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen, die Zuschauer daheim jubeln ihm zu.

finden. Selbst die Glaubwürdigkeit der EU in Grundsatzfragen ist erschüttert, hat sie doch sehr einmütig die Diktatoren in Nordafrika hofiert und stabilisiert und nichts an dieser Politik gegenüber den noch bestehenden Diktaturen in Nordafrika, dem Nahen Osten oder Zentralasien geändert.

Wie konnte das hoffnungsvolle Projekt der gemeinsamen Außenpolitik so schnell Schiffbruch erleiden? Schon der Start war verkorkt. Die Staats- und Regierungschefs legten bei der Besetzung der im Verfassungsvertrag neu geschaffenen Ämter des Präsidenten des Rats und der Hohen Repräsentantin für Außenpolitik großen Wert darauf, dass ihnen keine machtpolitische Konkurrenz durch starke Figuren erwächst. Catherine Ashton verdankt ihre Wahl nicht zuletzt diesem Kalkül. Mit einem Joschka Fischer an der Spitze hätte Europas Außenpolitik eine andere Entwicklung genommen. Außerdem ist die wohlgemeinte Zusammenlegung dreier Funktionen in einer Hand wahrscheinlich zum Scheitern verurteilt: Als «Solana» soll Frau Ashton die 27 Mitgliedsländer moderieren, den Prozess der Positionsfindung erleichtern. Als «Ratspräsidentschaft» soll sie Führung leisten, eigene Agenden und Ziele vorantreiben – notwendigerweise auch im Konflikt mit den Interessen einzelner Mitgliedsstaaten. Als Vizepräsidentin der Kommission soll sie die Gemeinschaftsmethode stärken und initiativ tätig sein. Wahrscheinlich ist es einfach schwierig, diese drei Anforderungen in einer Person unter einen Hut zu bringen. Es führt in der Person von Frau Ashton zumindest dazu, dass keiner mehr Initiativen ergreift und niemand mehr Führung übernimmt. Es herrscht ein Vakuum in breiten Bereichen, in dem nationale Alleingänge leicht ihren Platz finden.

Unglückliche Umstände brachten es mit sich, dass ausgerechnet in der Startphase des Auswärtigen Dienstes der EU zwischen den Mitgliedsstaaten neue Brüche auftraten.

Das Einstimmigkeitsprinzip in der Außenpolitik hat in dieser Lage die EU als eigenständigen Spieler fast vollständig ausgeschaltet. Wo die Mitgliedsstaaten gegensätzliche Auffassungen vertreten, kann die EU nur noch zuschauen.

Am bedrohlichsten ist aber, dass es für Frankreich und England nach den jüngsten Erfahrungen kaum einen Grund gibt, sich eine stärkere Rolle für die europäische Außenpolitik zu wünschen. In Libyen sammeln sie die Lorbeeren für den Sturz Gaddafis nun allein ein. Auch wirtschaftlich dürfte die Dividende erfreulich sein. Große Unterstützung durch die EU können sie nicht erwarten. Umgekehrt ist ihnen sehr deutlich geworden, dass ein Warten auf Beschlüsse der EU für die Libyer zu spät gekommen wäre. Das dürfte den Eigenwillen der beiden Nationen eher bekräftigt haben. Dies muss gar kein schlechtes Zeichen für den internationalen Multilateralismus sein.

Es war zu George W. Bushs Zeiten undenkbar, dass die arabischen Staaten mit England, Frankreich (und Bosnien-Herzegovina) und den USA für eine Resolution stimmten, dass China sich enthielt und damit die Russen auch zur Enthaltung brachte. Die Allianzen sind in Bewegung, bei jeder Krise scheinen sich die Koordinaten neu herzustellen. Dies sind erst mal gute Neuigkeiten für die Vereinten Nationen – seit langem sind die VN mal wieder Ort der internationalen Auseinandersetzungen. Ist also eine schwache EU gut für die Vereinten Nationen? So einfach ist es dann auch nicht. Der Israel/Palästina-Konflikt wiederum zeigt, dass die Vereinten Nationen ohne eine geeinte und starke EU gelähmt sind. Aber es bedeutet auf jeden Fall, dass jene im Vorteil sind, die flexibel und schnell Allianzen bilden können. Das trifft auf die EU gerade nicht zu. Sie verbringt ihre Zeit eher intern mit ihren Konflikten (oder der Eurokrise).

Nun könnte man sarkastisch meinen, für die deutsche Außenpolitik sei diese Entwicklung gleichgültig. Denn wer keine Ziele hat, muss auch nicht traurig sein, wenn sie nicht erreicht werden. Weil man Deutschland aber besser regieren sollte, als Guido Westerwelle es kann, muss es in unserem Interesse liegen, nach Wegen zu suchen, wie Europa auf die außenpolitische Bühne zurückkehren kann. Angesichts der Problemlage stellt dies auch uns Grüne vor schwierige Fragen.

Sind wir bereit, vom Einstimmigkeitsprinzip abzuweichen, auch wenn dies bedeuten könnte, dass die EU eine militärische Auseinandersetzung befürwortet, die wir in Regierungsverantwortung ablehnen? Sind wir bereit, deutsche Interessen und «Sonderwege» aufzugeben, wenn Frankreich, Italien und Großbritannien sich auf andere Positionen verständigen?

Man muss das nicht alles mit Ja beantworten. Aber heute muss man einräumen, dass die Rolle der EU in der Welt schwindet. Und das ist schade, denn auf lange Sicht werden Staaten wie China, Indien und Brasilien sich von England oder Frankreich allein nicht mehr sehr beeindrucken lassen. An Europa wird die Welt nicht genesen. Aber wenn die Stimme Europas im Weltkonzert fehlt, dann wird dies die Welt zum Schlechteren verändern. Auch hier brauchen wir, wie in der Eurokrise, Ehrlichkeit in der Debatte über die Konsequenzen einer Vertiefung und mutige Befürworter einer gemeinsamen Zukunft. ■■■



**Franziska Brantner** ist Mitglied des Europäischen Parlaments aus Baden-Württemberg. Sie ist außenpolitische Sprecherin der Fraktion Grüne/EFA und gehört dem Auswärtigen Ausschuss an sowie als Stellvertreterin dem Haushaltsausschuss und dem Ausschuss für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter.

Foto: RINA CASTELNUOVO/The New York Times/Reduz/airf

**ZYPERN**  
★ 2004

○ = EU-Durchschnitt

Arbeitslosigkeit  
Juli 2011



Jugendarbeitslosigkeit  
Juni 2011



Wachstumsrate BIP  
2009/2010



Staatsverschuldung (% des BIP)  
2009/2010





Bei den französischen Wahlen 2012 könnten die Grünen bedeutsame Gewinne erzielen. Auch die deutschen Grünen erhoffen sich bei den 2013 anstehenden Wahlen Zuwächse. Im Europaparlament wollen sie verstärkt kooperieren.

# Die Grünen auf dem Weg, eine europäische Kraft zu werden!?

VON PIERRE JONCKHEER

**D**iese Frage lässt sich nicht rundweg bejahen: Wunsch und Wirklichkeit stimmen in einer Reihe von Punkten nicht überein. Zwar wollen die grünen Parteien zu einer politischen Kraft in Europa werden, die auf die Regierung der Europäischen Union Einfluss nehmen kann oder an ihr beteiligt ist, aber bislang sind sie – insbesondere im Hinblick auf ihre Präsenz in den verschiedenen Mitgliedsstaaten – noch weit von diesem Ziel entfernt.

Zwar verfügen die grünen Parteien über eine feste europäische Plattform, die ein Beleg dafür ist, dass sie in die Politik der Union investieren, aber die Identität einer politischen Gruppierung speist sich nicht allein aus ihren programmatischen Inhalten. Letztlich kommt es auf die praktische Umsetzung an – auch um beurteilen zu können, wie «europäisch» die von der Partei betriebene Politik ist. Auch wenn die Grünen ein seriöses europäisches Programm festlegen und regelmäßig fortschreiben, bleiben ihre Wirkungsmöglichkeiten hauptsächlich auf das Europäische Parlament beschränkt, da sie mit wenigen Ausnahmen, zu denen vor allem die Grünen in Deutschland gehören, in ihren jeweiligen Ländern bislang wenig Regierungserfahrung sammeln konnten.

Das könnte sich ändern, wenn die Grünen 2012/2013 in Deutschland und Frankreich gleichzeitig an die Macht kommen. Um als «wirklich europäischer» Akteur glaubwürdig zu sein, müssten sie dann zu den großen Fragen Europas im Rahmen der europäischen und einzelstaatlichen Institutionen eine gemeinsame Haltung vorlegen und vertreten. Dies ist umso wichtiger, seit aus der aktuellen Krise der «Eurozone» auch eine Krise der EU überhaupt geworden ist. Sowohl für die Zukunft der Union als auch für die Zukunft der Grünen als «wirklich europäische» Kraft kommt es maßgeblich darauf an, ob ein grünes deutsch-französisches Gespann zustande kommt und ob dieses Gespann zu gemeinsamer Initiative in der Lage ist.

## Ein deutsch-französisches grünes Gespann

Bescheidenheit geboten: Wir Grünen können schwerlich als europäische Kraft bezeichnet werden, solange wir nur in jedem zweiten Nationalparlament der EU-Mitgliedsstaaten vertreten sind und im Europäischen Parlament nur über rund 5 Prozent der Sitze (47 Abgeordnete) verfügen. Kennzeichnend für unsere Situation, die wir bisher allenfalls in sehr kleinen Schritten überwinden, sind seit jeher eine stark fragmentierte geografische Streuung und die Konzentration der parlamentarischen Kräfte auf einige wenige Länder.

Damit grüne Bewegungen entstehen und an Glaubwürdigkeit gewinnen, reicht es offensichtlich nicht aus, dass das aktuelle Zeitgeschehen auf globaler, europäischer und nationaler Ebene von atomaren Unfällen, Diskussionen über den Klimawandel und seine Folgen oder vom Versiegen der fossilen Brennstoffquellen und ähnlichen Themen beherrscht wird. Ebenfalls klar ist, dass die noch kurze Geschichte der grünen Bewegungen in Nord- und Westeuropa nicht ohne Weiteres auf andere Teile des Kontinents übertragbar ist. Für die Entstehung von politischen Akteuren sind nach wie vor die kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Ländern ausschlaggebend.

## Die Attraktivität der französischen Grünen steigt

Die drei grünen «Institutionen» auf europäischer Ebene – die Partei, die Fraktion im Europäischen Parlament und die noch ganz junge Grüne Europäische Stiftung – können mit ihren jeweils eigenen Besonderheiten dazu beitragen, dass sich solche nationalen Akteure herausbilden, können diese aber mit Sicherheit nicht ersetzen.

### BULGARIEN ★ 2007

○ = EU-Durchschnitt

Arbeitslosigkeit  
Juli 2011



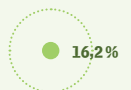
Jugendarbeitslosigkeit  
Juli 2011



Wachstumsrate BIP  
2009/2010



Staatsverschuldung (% des BIP)  
2009/2010



PROGRAMMATISCH PRÄSENTIEREN SICH DIE MEISTEN GRÜNEN PARTEIEN ALS EINE KRAFT, DIE EINE WEITERE EUROPÄISCHE INTEGRATION BEFÜRWORTET – IN DER UMWELTPOLITIK EBENSO WIE IN DER ENERGIE-, KLIMA-, AUSSEN- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK.

Auch den Stiftungen in den einzelnen Mitgliedsstaaten, allen voran die Heinrich-Böll-Stiftung, kommt in diesem Zusammenhang eine wichtige Aufgabe zu. Als Beispiel, das freilich nicht automatisch auf die Situationen in anderen Mitgliedsstaaten übertragbar ist, möchte ich das Bündnis «Europe Écologie» in Frankreich anführen. In einem Land wie Frankreich, in dem die rechten wie die linken Souveränitätsverfechter eine bedeutende Kraft sind und die Debatte über die Volksabstimmung zum europäischen Verfassungsentwurf die Meinungen jenseits der klassischen Links-rechts-Trennung und der Gegenüberstellung «Europa – Ökologie» tief gespalten hat, hat sich «Europe Écologie» eindeutig und gezielt für die Europäische Union ausgesprochen und dabei zugleich scharfe Kritik an den politischen Entscheidungen geübt, die von den regierenden Mehrheiten in der Europäischen Union getroffen wurden. Diese Haltung hat zusammen mit anderen Faktoren zu einem sehr guten Wahlergebnis geführt, das weitere Entwicklungsschritte möglich gemacht hat, darunter die Neugründung der Partei und eine neue Attraktivität der Grünen in Frankreich.

Programmatisch präsentieren sich die meisten grünen Parteien als eine Kraft, die eine weitere europäische Integration befürwortet – in der Umweltpolitik ebenso wie in der Energie-, Klima-, Außen- und Wirtschaftspolitik. Hier ist ein Konvergenzprozess zwischen den grünen Parteien zu beobachten, der die gemeinsame Arbeit im Europäischen Parlament und in der Europäischen Grünen Partei erleichtert. Im EU-Parlament ist sich bei Abstimmungen über Gesetzentwürfe keine Fraktion so einig in ihrem Votum wie die Fraktion der Grünen, die bei politischen Entscheidungen eben einen gemeinschaftlichen Ansatz vertreten.

Die Europäische Grüne Partei, der gesamteuropäische Zusammenschluss der einzelstaatlichen Parteien, verabschiedet in regelmäßigen Abständen Positionspapiere, die im Laufe der Jahre mehr und mehr einen gemeinschaftlichen Tenor angenommen haben. Auch in den meisten einzelstaatlichen Parteien ist diese Ausrichtung tonangebend. Dies wurde in der Vergangenheit zum Beispiel an der kritischen, aber aktiven Unterstützung des Verfassungsprozesses und schließlich des Vertrags von Lissabon deutlich und zeigt sich heute darin, dass sich die Partei für die Einführung von «Eurobonds» als Instrument zur Stärkung der gemeinschaftlichen Solidarität innerhalb der Währungsunion ausspricht.

Das Heranwachsen zu einer «europäischen Kraft» ist für Parteien mit einem ausgesprochen proeuropäischen Selbstverständnis wie die Grünen kein Selbstläufer. Dass dieser Prozess komplex verläuft, ist normal, denn jede Partei entsteht und gedeiht in ihrem einzelstaatlichen Umfeld, so dass sie sich zuerst auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene Hoffnungen auf die Ausübung einer politischen Rolle machen kann. Ein weiterer Gradmesser für den europäischen Charakter der Grünen ist im Übrigen auch ihre Fähigkeit, die europäische Dimension in die regionale und lokale Politikgestaltung zu integrieren, in die sie eingebunden sind. Das europäische Aufbauwerk ist nicht bloß eine «Brüsseler Angelegenheit». Im Gegenteil: Das Rechts- und Politiksystem der Union wird nicht gegen die Einzelstaaten, sondern mit ihnen vollzogen.

Demnächst steht uns also, politisch gesprochen, ein entscheidender Test bevor. 2012 könnte das französische Bündnis «Europe Écologie – Les Verts» erstmals eine bedeutende Fraktion in der Nationalversammlung stellen und in einer Koalition mit den Sozialisten mitregieren, und 2013 haben die deutschen Grünen sehr gute Chancen, wieder Ministerinnen und Minister zu stellen. Zwischen dem Ende der 1990er-Jahre und 2003 gab es einen kurzen Zeitraum, in dem die Grünen an sechs nationalen Regierungen beteiligt waren; trotz aller Versuche fand jedoch so gut wie keine Koordinierung statt, weil jede Partei in ihrer einzelstaatlichen Logik befangen war. Wenn sich diese Erfahrung nicht wiederholen soll, gehört es zu den vordringlichsten Aufgaben der Parteiführungen der beiden Parteien, ab sofort zusammenzuarbeiten. ■■■

Übersetzung: Andreas Bredenfeld



**Pierre Jonckheer** ist Vorsitzender der Grünen Europäischen Stiftung (GEF) und Professor an der Universität Louvain-la-Neuve, 1999–2009 war er Mitglied des Europaparlaments.

RUMÄNIEN  
★ 2007

○ = EU-Durchschnitt

Arbeitslosigkeit  
Juli 2011

7,3%

Jugendarbeitslosigkeit  
März 2011

22,8%

Wachstumsrate BIP  
2009/2010

-7,1%

-1,3%

Staatsverschuldung (% des BIP)  
2009/2010

23,6%

30,8%

# SOLIDARITÄT UND STÄRKE: ZUR ZUKUNFT DER EU

Die Europäische Union befindet sich an einem Scheideweg. Einerseits hat die Schuldenkrise die Notwendigkeit verstärkter Koordination und Integration gezeigt. Andererseits schwindet der gesellschaftliche Rückhalt für eine erweiterte Haftungs- und Solidargemeinschaft. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat namhafte Expertinnen und Experten eingeladen, Konzepte und Empfehlungen für die Zukunft der EU zu formulieren. Gerade in Zeiten der Krise und der Skepsis gegenüber den europäischen Institutionen brauchen wir eine offene Debatte über die Perspektiven Europas. Mit unserem Vorstoß wollen wir Anstöße und Argumente für diese Debatte geben.

Dossier unter [www.boell.de/zukunft-der-eu](http://www.boell.de/zukunft-der-eu)

## Projekt

### Die Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (ERENE)

Europa kann seinen Strombedarf vollständig aus erneuerbaren Energiequellen decken. Aber es braucht neue Instrumente und Strategien, um das vorhandene Potenzial optimal zu nutzen. Eine Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (ERENE) wird Europas Abhängigkeit von fossilen und nuklearen Energieträgern reduzieren und die europäische Integration stärken.

Mehr unter: [www.ere.ne.org](http://www.ere.ne.org)

## Veranstaltungen

### Am Beispiel Ungarn: Wie kontrolliert die EU ihre Demokratie-Standards?

Di, 15. November, 19 Uhr Podiumsdiskussion  
Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung

Mit: Prof. Agnes Heller (Philosophin und Publizistin), Dr. Claudio Franzus (Experte für Europäisches Recht), Manuel Sarrazin (MdB, B'90/Grüne, Europa-Union)

### Wege aus der Euro-Krise – Auf der Suche nach einer nachhaltigen Ordnung

Mi, 16. November, 19.30 Uhr  
Podiumsdiskussion

Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung  
Mit: Jörg Asmussen (Bundesministerium der Finanzen, Staatssekretär), Daniela Schwarzer (SWP), Reinhard Bütikofer (MdB), Lüder Gerken (Stiftung Ordnungspolitik) u.a.

## Publikation

### Solidarität und Stärke Zur Zukunft der Europäischen Union

Im Auftrag und hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung  
Schriften zu Europa – Band 6:  
Berlin, Oktober 2011, 204 Seiten  
E-mail: [buchversand@boell.de](mailto:buchversand@boell.de)  
Kurzfassung als Download unter [www.boell.de/publikationen](http://www.boell.de/publikationen)

## Das Büro Europäische Union in Brüssel

Das EU-Büro vertritt die Stiftung gegenüber den europäischen und internationalen Institutionen, Verbänden, Nichtregierungsorganisationen und Medien. Mit eigenen Veranstaltungen und Publikationen arbeitet das Büro inhaltlich in den Bereichen «Europäische Integration» und «Globalisierung». Dabei liegen die Schwerpunkte auf der Ausgestaltung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, der Europäischen Energie- und Klimapolitik, der Europäischen Nachbarschaftspolitik und der Euro-Mediterranen Partnerschaft.

Das Büro Brüssel arbeitet eng vernetzt mit allen Auslandsbüros der Stiftung und bringt die EU-Perspektive ein. Für grünnahe Aktive in den neuen EU-Mitgliedsstaaten und den Ländern der EU-Nachbarschaft ist das Büro eine wichtige Anlaufstelle: Ein Besuch bei der Stiftung in Brüssel zeigt, wie europäische Politik funktioniert und wie man sie selbst aktiv gestalten kann.

[www.boell.eu](http://www.boell.eu)

## Einmischen!

unter <http://entdecke.boell.de/>



## Zuletzt erschienen

Ausgaben 2/11 und 3/11 als Printversionen vergriffen. Download unter [www.boell.de/thema](http://www.boell.de/thema)



3/11  
**Grenzenlos illegal –  
transnationale organisierte Kriminalität**



2/11  
**Grenzen des Wachstums –  
Wachstum der Grenzen**



1/11  
**Wie Frauen und Männer gemeinsam  
Frieden schaffen**

## **Böll.Thema 4/11**

### Zur Zukunft Europas

Im Moment reden wir Tag für Tag über Krisenmanagement, doch nebenher wurden in den letzten 18 Monaten Fakten geschaffen, die das Gesicht der Eurozone maßgeblich verändern. Und das merkt die Bevölkerung. Bei allem Optimismus, den wir für die Entwicklung einer europäischen politischen Identität und Kultur aufbringen: Im Moment haben wir zwei Strömungen, die gegeneinander arbeiten. Es gibt durchaus antieuropäische Gefühle und einen antieuropäischen Populismus. Bei uns in Deutschland ist dieser nicht so deutlich in einer Partei manifest. In anderen Ländern schon, und dort findet diese Strömung mehr mediales Gehör. Wir müssen um die Idee Europa kämpfen. Und wenn wir denn am Ende zu einem neuen Vertrag kommen, muss die Frage in eventuellen Referenden nicht mehr heißen: «Ja oder nein zum Vertrag?», wobei die Neinsager sein Inkrafttreten verhindern könnten. Die Frage muss stattdessen sein: «Wollen wir oder wollen wir nicht beim nächsten Schritt dabei sein?»

*Daniela Schwarzer, Stiftung Wissenschaft und Politik*

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine Agentur für grüne Ideen und Projekte, eine reformpolitische Zukunftswerkstatt und ein internationales Netzwerk mit weit über hundert Partnerprojekten in rund sechzig Ländern. Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, patriarchale Herrschaftsstrukturen überwinden, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen. Sie ist damit Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit den traditionel-

len politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat.

Organisatorisch ist die Heinrich-Böll-Stiftung unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit 28 Auslandsbüros verfügt sie über eine weltweit vernetzte Struktur. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern und fördert begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland. Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgt sie gern und möchte andere anstiften mitzutun.

[www.boell.de](http://www.boell.de)



# PDF-Dokumente kommentieren

Beim **Bildschirmlesen**, **Diskussion von Texten**, intensiver Arbeit damit kann das **Kommentarwerkzeug** von Adobe Acrobat/Reader und einigen anderen PDF-Anzeige-Programmen eine Hilfe sein.

Denn mit dem **Kommentarwerkzeug** kann am Bildschirm markiert und kommentiert werden.

Bei umfangreichen Dokumenten entsteht daraus im **Kommentare-Fenster** eine **persönliche Navigation**.

Das **Notizwerkzeug (Strg+6)** ist am gebräuchlichsten. Geöffnet besteht es aus einem Fenster in das Text geschrieben oder über die Zwischenablage einkopiert werden kann. Solche Notizfenster gehören auch zu fast allen anderen Kommentar-Werkzeugen hinzu.

PDF-Kommentare können mit dem Button „**Kommentar senden**“ vom Dokument getrennt, per E-Mail verschickt und vom Empfänger in die eigene Fassung der Datei **importiert** werden

Wenn Sie einen **Kommentar beantworten** wollen, benutzen Sie die Antwortfunktion: Mit der rechten Maustaste auf den Kommentar klicken, **Antworten** wählen.

Nebenstehend ein **Ausschnitt des Werkzeugfenster**, mit dem man im Menü **>Werkzeuge >Werkzeugleiste anpassen** die Kommentartypen für den eigenen Bedarf auswählt.

Das **Hervorhebe-Werkzeug** eignet sich wie auf dem Papier für das **Hervorheben kurzer Textstellen**.

Mit dem **Rechteck-Werkzeug** kann man größere Abschnitte markieren.



**Datei als Kommentar anhängen**, ermöglicht das Einfügen einer extra Datei, z.B. eines gescannten Zeitungsausschnittes.



Mit dem **Stempelwerkzeug** und der Auswahl **Bild aus der Zwischenablage als Stempel einfügen** können Bildinhalte eingefügt und kommentiert werden.



**Nutzer von Screenreadern** (Blinde) können Kommentare im Kommentare-Fenster lesen und beantworten und mit Strg+6 eigene Kommentare hinzufügen.

## Kommentieren und markieren-Werkzeugleiste

- Notiz
- Textbearbeitung
- Stempel-Werkzeug
- Hervorheben-Werkzeug
- Unterstreichen-Werkzeug
- Durchstreichen-Werkzeug
- Datei als Kommentar anhängen
- Audiokommentar aufzeichnen
- Legenden-Werkzeug
- Textfeld-Werkzeug
- Kommentarwolken-Werkzeug
- Pfeil-Werkzeug
- Linien-Werkzeug
- Rechteck-Werkzeug
- Kreis-Werkzeug
- Polygonlinien-Werkzeug
- Polygon-Werkzeug
- Bleistift-Werkzeug
- Radiergummi-Werkzeug
- Einblenden
- Kommentare senden
- Online-Verbindung wiederherstellen

**Wichtig:** [Adobe Reader](#) kann **nur mit Adobe Acrobat Professional "berechtigte"** Dateien kommentieren. Kostenlose PDF-Reader wie [PDF-Xchange Viwer](#) oder der [Foxit Reader](#) bieten *diese* Funktion immer, ihnen **fehlen PDF-Anzeige-Funktionen** wie das spaltenweise Vergrößern oder bei *PDF Xchange* u.U. das Öffnen von Weblinks, dafür hat es anders als Foxit-Reader ein Kommentare Fenster...